

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi, liebe Leserinnen und Leser,

Die Militarisierung steht auch weiterhin im Fokus:

Vor einigen Tagen hat in Koblenz die letzte Veranstaltung innerhalb des „Aktionsmonats zur Militarisierung der Gesellschaft“ unter dem Titel „Frauen und Militarisierung“ stattgefunden. Ein breites Bündnis- die GEW -Studis, Attac, die Falken, die Jenny-Marx-Gesellschaft, die KHG, die pax christi- Basisgruppe Koblenz und andere Organisationen- hatte zu diesem Veranstaltungszyklus aufgerufen. Das Themenspektrum reichte von einer theoretischen Einordnung der Militarisierung der Gesellschaft, über den Einsatz der Drohnen, die Atomwaffen in Büchel, eine Friedenserziehung in den Schulen bis hin zu dem Zusammenhang von Rüstungsexporten und der Krise des Kapitalismus. Ebenso gab es eine antimilitaristische Radführung durch Koblenz und es wurde über die Rolle der Bundeswehr und der Hochschule – Distanz oder Kooperation – diskutiert; der Aktionsmonat wurde von einer Ausstellung in der Florinskirche unter dem Titel „Wir scheuen keine Konflikte- Gewaltfrei für den Frieden“ begleitet.

Die einzelnen Veranstaltungen wurden recht unterschiedlich und überwiegend von einem jüngeren Publikum – Schülern und Studenten, aber auch ehemaligen Bundeswehrangehörigen – besucht: Zuweilen kamen bis zu 30 Personen, einige Themenabende hatte nur ein Dutzend Teilnehmer; auffallend war die sehr geringe Zahl an Frauen.

Und obgleich sich die Veranstalter mehr persönliche Resonanz gewünscht hatten, waren die Erkenntnisse aus dem Aktionsmonat vielfältig, erschreckend, frustrierend, aber auch ermutigend. Deutlicher denn je wurde in vielen Facetten die Militarisierung unserer bundesdeutschen Gesellschaft gezeigt. Offenbar ist sie nur in einer kritischen Auseinandersetzung sichtbar und wird vom Durchschnittsbürger kaum wahrgenommen. Das mediale Interesse an dieser Thematik ist sehr gering...

Hier nun einige Facetten dieser militaristischen Entwicklung:

1. Eine Kooperation von Bundeswehr und Hochschule - so ein Statistik aus dem Jahr 2009- findet an 50 Hochschulen statt. So wird zum Beispiel an der Universität Tübingen an einem Drohnen-Projekt gearbeitet, das mit Mitteln aus dem Militärhaushalt finanziert wird. Die beteiligten Professoren und Wissenschaftler ignorieren jede Kritik an dieser Praxis.
2. Mit den Stimmen der Regierungsparteien hat der Bundestag im Oktober 2012 den Einstieg in eine neue Militärjustiz beschlossen. Kempten im Allgäu ist seit Anfang des Jahres Standort dieser neuen Militärgerichtsbarkeit, die alle juristischen Verfahren gegen

die im Ausland stationierten deutschen Soldaten regelt. „Konkret“ titelte im Heft 12/12: „Kein Krieg ohne Kriegerjustiz. Da hat die Zivilgesellschaft nichts verloren: Deutschland hat wieder eine Militärgerichtsbarkeit.“

3. Der „Freitag“ wusste in seiner Ausgabe vom 13. Juni 2013 zu berichten, dass in evangelischen Gemeinden das Hausrecht zukünftig doch an die Bundeswehr abzutreten sei, „aus Gründen der Gefahrenabwehr um Störungen vermeiden zu können, wenn in den Kirchen Trauergottesdienste für getötete Soldaten stattfinden würden; Proteste von Friedensaktivisten könnten von den Feldjägern beendet werden, sogar ein Redeverbot von einem Pfarrer in der Kirche wäre denkbar. Ein solches Vorhaben ist in der deutschen Geschichte einmalig.
4. Oberst Klein, der den Tod von mehr als 100 afghanischen Zivilisten mit zu verantworten hat, ist inzwischen zum General befördert worden.
5. „Spiegelonline“ veröffentlicht in diesen Tagen ein Werbevideo der Bundeswehr: Ein etwa 7-jähriger Junge betritt an der Hand seiner Mutter einen Supermarkt. Er bleibt mit ihr vor dem Obststand stehen, die Kamera schwenkt auf eine Tafel vor dem Obststand mit der Aufschrift: „Ohne Bundeswehr keine Bananen!“
6. Die rheinland-pfälzischen Friedensgruppen erhalten in Rheinland-Pfalz 20.000 € für ihre zivilen Friedensdienste an den Schulen, die Bundeswehr verfügt über 38 Millionen € für ihre Werbung an Schulen, mit der junge Menschen für ihre Strategien der Konfliktlösungen (militärische Einsatz-Ausbildung zum Töten) gewonnen werden sollen. Das Militär ist an der Ausbildung von Referendaren beteiligt...

Diese Beispiele bedürfen keinerlei weiteren Kommentierung.

Ermutigend dagegen war die Verleihung des Aachener Friedenspreises, denn es heißt in der Laudatio: „Stellvertretend für alle Schulen, die per Schulkonferenzbeschluss festgelegt haben, die Bundeswehr nicht an ihre Schule einzuladen, geht der Aachener Friedenspreis 2013 an:

- die Hulda-Pankok-Gesamtschule (Düsseldorf)
- das Robert-Blum-Gymnasium (Berlin)
- die Käthe-Kollwitz-Schule (Offenbach a.M.)

Wir zeichnen damit die Schulen aus, die als erste in den Jahren 2010 und 2011 diesen Beschluss in ihren Schulkonferenzen gefasst haben. Wir wollen den Mut und die Courage der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer mit dem Aachener Friedenspreis 2013 würdigen und gleichzeitig ein Signal gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft setzen.

Unsere Vorstellung ist, dass junge Menschen sich für Freiheit und Gerechtigkeit in Frieden, ohne Gewalt und Krieg, stark machen.

Die Entscheidung deutscher Regierungen der vergangenen Jahre, sich seit dem völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg immer wieder an Kriegs- und militärischen Gewalthandlungen zu beteiligen, führt unsere Gesellschaft in eine Kriegsnation zurück, wie sie schon einmal vor mehr als 300 Jahren begonnen hat. So befindet sich Deutschland zur Zeit weltweit in 12 Auslands- bzw. Kriegseinsätzen.

Ein Element der dazu erforderlichen Mobilisierung der Bevölkerung für den Kriegseinsatz ist die Rekrutierung von jungen Menschen für den „Dienst an der Waffe“. Als Lehrveranstaltung über Sicherheitsfragen getarnte Werbeveranstaltungen an Schulen vor zum Teil minderjährigen Schülerinnen und Schülern sind besonders zu verurteilen.“ So der Wortlaut des Aachener Friedenspreises 2013.

Wir wünschten uns sehr, unsere Oberhirten würden sich so eindeutig zu dieser zunehmenden Militarisierung positionieren. Stattdessen lässt sich unser Bischof von den Soldaten eskortieren: Sie geleiten ihn am 3. Juli 2013 in die Koblenzer St. Kastorkirche, dort feiert er mit ihnen einen Gottesdienst. Welche unglückliche Allianz wird bei dieser Aktion zementiert? Welche Bedeutung hat diese Koalition für unsere Gesellschaft?

Werden hier nicht längst vergessene Traditionen wieder wach?

Und zu fragen bleibt schließlich, wann und wie üben die kirchlichen Oberhäupter den Schulterchluss mit den Friedensgruppen und Pazifisten? Handeln sie noch im Sinne des Friedensfürsten Jesu?

Bedauerlich ist zu vermelden, dass unser Oberhirte nicht zu einem Gottesdienst am Atomwaffen- Standort Büchel zu bewegen war.

Das alles kann uns nur stärken, auf dem steinigen Weg gegen diesen Trend eindeutig Position zu beziehen: Wir wollen keine weitere Militarisierung unserer Gesellschaft, dies geschieht nicht mit unserem Namen.

Schalom und eine gute sommerliche, erholsame Zeit

Egbert Wisser

**Bistumsversammlung 13.-15.09.2013
Villa Reverchon Trier**

- 13.09.2013 20:00 Uhr Politisches Nachtgebet in St. Antonius:
Thema: Krieg**
- 14.09.2013 9:30 Uhr Information und Diskussion zur Situation
und zukünftigen Entwicklung Afghanistans mit
Dr. Matin Baraki. Folgendes wird angesprochen:**
- * Die politischen Konstellationen heute (2013) und die Zukunftsperspektiven für Afghanistan und seine Menschen
 - * Die jüngere Geschichte Ihres Landes
 - * Analyse der politischen Situation
 - * Darstellungen der Verwerfungen auf den unterschiedlichen Ebenen: politisch, gesellschaftlich, sozial, ökonomisch und ökologisch
 - * Die Politik des Westens
- 14:30 Uhr Auswertung des Vormittags**
- 16:00 Uhr Präsentation von Ergebnissen in
der Fußgängerzone von Trier**
- 15.09.2013 9:15 Uhr Sonntagsmesse**
- 10:30 Uhr Versammlung mit Wahlen und
Anträgen**

Einzelheiten entnehmen sie bitte der beiliegenden Einladung

Im Frühjahr hat pax christi die Veranstaltungsreihe „Moderne Kriege“ der AGF in Trier unterstützt. Es gab Veranstaltungen zu folgenden Themen: **Medienkrieg - Die Banalisierung des Militärischen in Medien und pol. Kultur; Städtekrieg - Schlachtfeld Innenstadt; und Drohnenkrieg = Krieg gegen Demokratie und Menschenrechte.**

Es folgten im Juni 2013 unter dem Titel „**Militär auf dem Vormarsch**“ in Koblenz von mehreren Trägern – unter anderem pax christi (vgl. das Vorwort von Egbert Wisser) - zahlreiche Veranstaltungen zur Militarisierung der Gesellschaft. Von der Reihe sollen hier ausdrücklich erwähnt werden: am 04.06. „**Militarisierung der Gesellschaft - einen theoretische Einordnung**“; mit 29 Teilnehmern gut besuchte Veranstaltung; hilfreich für die gesamte Reihe war, die Theorie am Anfang gemacht zu haben, um damit auch spätere Themen einordnen bzw. tiefgründiger einschätzen zu können. Am 10.06. wurde ein inhaltlich sehr spannender, mit vielen technischen Details Informationsabend

durch Christoph Marischka(IMI) zum Thema „**Drohnen – Technologie zur Aufstandsbekämpfung im Inneren und weltweit?**“ geboten. Am 20.06. hieß das Thema: „**Du sollst nicht töten – Die Notwendigkeit zur aktiven Friedenserziehung angesichts der Kriegsbeteiligungen Deutschlands.**“ Es ergab sich eine offene, angenehme Diskussion trotz sehr unterschiedlicher Ansichten.

Friedensradfahrt Verdun - Ramstein kommt durch Trier und das Saarland. Vom 24. - 31. August radeln 30 RadfahrerInnen aus Ost und West für den Frieden. Am 27.08 geht der Weg von Esch über Cattenom nach Trier. Von dort führt ihr Weg am 28. August ins Saarland. Erste Station ist Saarwellingen, wo die Radfahrer einer Einladung der dortigen Pax Christi-Gruppe und der Kunstgalerie "KulturOrt" von Mario Andruet folgen. Am Freitagmorgen, werden die Friedensaktivisten Zeuge und Teilnehmer der Installation der Stolpersteine durch Günter Demnig. *Waltraud Andruet*, Sprecherin der Saarwellingener Friedensaktivisten.: *"Nicht ist vergessen und niemand - an dieses russische Wort werden die zahlreichen RadfahrerInnen aus Belarus und Russland sich in Saarwellingen erinnern, wenn wir gegen neuen und alten Faschismus mahnen"*.

Am 29. August geht die Fahrt über Saarbrücken, wo die internationale Gruppe im Rathaus empfangen wird, weiter nach Kirkel. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Peter Balnis, wird die RadfahrerInnen im Bildungszentrum der Arbeitskammer begrüßen. "In einer Zeit, in der Waffen und Kriege immer mehr zur Normalität erklärt werden, erscheint mir eine solche Aktion sehr wichtig und Unterstützens wert", erklärt der Pädagoge sein Engagement.

Der Saarländische Flüchtlingsrat (pax christi Saar ist Mitglied) kritisierte im Frühjahr die **Landespolitik für Flüchtlinge** und besonders die schleppende Entwicklung für die Menschen im **Lager Lebach**. In einer presseerklärung vom 25.05. hieß es dazu: „Es wird endlich Zeit, dass die Geheimniskrämerei beendet wird. Das Lager Lebach demoralisiert auf Dauer die Menschen, die dort leben müssen. Wer sich damit arrangiert, trägt dazu bei, diesen Zustand immer wieder zu verlängern.“, so Peter Nobert vom Saarländischen Flüchtlingsrat. Das sei sicherlich auch ein Grund dafür, warum weder der Saarländische Flüchtlingsrat, der seit Jahren Wohnungen und Geldleistungen für die Flüchtlinge fordere, noch betroffene Flüchtlinge zu diesen Treffen eingeladen worden wären. Und weiter: „Es ist augenscheinlich, dass die Landesregierung auf Zeit spielt, weil sie nichts Grundlegendes am System Flüchtlingslager ändern will.“ Dafür sprächen auch die vor kurzem pressewirksam eingeweihten Freizeiträume, obwohl seit Jahren klar sei, dass es beim Lager Lebach um mehr gehen müsse als um Kosmetik.“ In der Erklärung des Flüchtlingsrates vom 20.06. wird offengelegt, dass es bei der

angekündigten Reduzierung der Belegung dort von circa 200 Personen um Augenwischerei handelt, da diese Gruppe ohnehin dort nicht mehr wohnen müsse. Das heiÙe, dass die Vorgehensweise der gebildeten Kommission ergebnislos sei. „Für den SFR bleibt es dabei: Entweder Menschenrechte oder Lager Lebach. Das eine schließt das andere aus.“

Gegen das zweite **Sulzbacher Bundeswehr Gelöbnis** haben Friedensaktivisten (siehe Bildseiten) protestiert und vor allem die Begrüßungsrede des städtischen Vertreters kritisiert.

Die diesjährigen **Ostermärsche** in Büchel und Saarbrücken sind durch Redebeiträge und Bilder in dieser Ausgabe umfangreich dokumentiert. In Saarbrücken hieß das Thema: **Frieden ist nicht zu KRIEGen**. Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Ramstein schließen. In Büchel hieß das Motto: **Atomwaffen, nicht modern sondern illegal**. In dieser Ausgabe wird auch auf die Aktionen in Büchel in diesem Sommer hingewiesen.

pax christi Koblenz hat am 3. Juli, vor der Koblenzer St. Kastor-Kirche dagegen protestiert, dass der Trierer Bischof Dr. Ackermann dort ein **Pontifikalamt als Militärgottesdienst** feiert. Sie hat ihm deshalb eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen und ihre Ablehnung in einem Flugblatt begründet. (siehe Rundbrief hinten)

pax christi hält die **Synode im Bistum Trier** für einen wichtigen Schritt zur Standortbestimmung und Erneuerung der Kirche im Bistum: pax christi wird deshalb auch mit Brigitte Weber(pax christi Koblenz) bei der Kandidatenwahl ins Rennen gehen.

Impressum

Der pax-christi-Rundbrief wird kostenlos an alle Mitglieder der katholischen Friedensbewegung pax christi im Bistum Trier verschickt.

V.i.S.d.PG: Albert Hohmann -Texte und Fotos von: Waltraud Andruet, Heribert Böttcher, Hayto Fujii, Albert Hohmann, Richard Pestemer, Clemens Ronnefeldt, A. Stubbe, Egbert Wisser,

Konto:3002902019 bei Pax Bank, BLZ 37060193

Militärisierung der Gesellschaft

- und soziale Bewegungen

Das Phänomen wird wahrgenommen...

Dass wir gegenwärtig eine Militarisierung der Gesellschaft erleben, wird in sozialen Bewegungen als Phänomen durchaus wahrgenommen, wie in den vielfältigen Protesten und Aktionen zum Ausdruck kommt. Sie wird sichtbar in offensiven Werbestrategien der Bundeswehr, die mit dem Slogan ‚Keine Bananen ohne Bundeswehr‘ einen gewissen Höhepunkt der Geschmacklosigkeit erreicht haben. Noch problematischer ist die Präsenz der Bundeswehr an den Schulen. Hier wird die als Aufklärung getarnte Werbung zur zynischen ‚Werbung für das Sterben‘. Grenzüberschreitungen werden aber deutlich in sich der mehrenden Übernahme von Sicherheitsaufgaben im Innern oder in der vorangetriebenen Kooperation zwischen Militär und staatlicher Entwicklungshilfe¹. In öffentlichen Auftritten und Inszenierungen von Events – von Konzerten, über öffentliche Vereidigungen bis hin zu Militärgottesdiensten - sucht die der Bundeswehr nach gesellschaftlicher Legitimation und Akzeptanz. Vor allem bei öffentlichen Inszenierungen geht es um die Re-Sakralisierung des Militärischen durch einen leeren Transzendenzbezug – wie sie Herfried Münkler schon seit langem fordert². Gemeint ist die Überhöhung des Einsatzes der Bundeswehr zwecks Förderung von Heroismus, d.h. der Bereitschaft in Kampfeinsätzen der Bundeswehr das Leben für ‚Höheres‘ einzusetzen. Für religiös ausgerichtete Menschen wird die Leere des Transzendenzbezugs in kirchlichen Inszenierungen mit ‚Gott‘ gefüllt.

Dass es bei den Einsätzen der Bundeswehr weder um Landesverteidigung noch um die Verteidigung von Freiheit und Demokratie, sondern um die Sicherung der Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geht, wird nicht einmal mehr von politischen Akteuren verschwiegen. Die militärischen Ziele sind auch in entsprechenden Strategie- und Konzeptionspapieren nachzulesen. Verwiesen wird dabei auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, die Sicherung von Handels- und Marktzugängen – und nicht zuletzt auf die „Sicherung vor Flüchtlingsströmen und den Folgen der sich abzeichnenden Klimakatastrophe“³. In der ‚Erklärung zur Sicherheit des

¹ Vgl. Peter Heinelt, Bewaffnete Entwicklungshilfe, in: junge welt vom 11. 7. 2013.

² Herfried Münkler, Heroismus ist unverzichtbar, Focus, 25.2., 2002, <http://www.focus.de>

³ Vgl. Erklärung zur Sicherheit des Bündnisses, hrsg. „von den Staats- und Regierungschefs, die am Treffen des Nordatlantikrats am 4. April 2009 in Strassbourg/Kehl teilgenommen haben“, vgl. www.internationalepolitik.de/ip/archiv, zitiert, in: Junge Welt 9.11. 2010; Javier Solana, Benita Ferrero Walter in ihrem 2008 veröffentlichten Papier „Klimawandel und internationale Sicherheit. Solana ist ehemaliger NATO-Generalsekretär und Hoher Vertreter

Bündnisses' wird die politische „Instabilität, die von schwachen und zerfallenden Staaten herrührt“⁴ offen ausgesprochen. Auch das Papier ‚Klimawandel und Internationale Sicherheit‘ verweist auf die „Situationen staatlicher Fragilität“ und die damit verbundenen „Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung“. In diesem Zusammenhang müssen sich Sicherheitsmaßnahmen „auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potentielle Migrationsbewegungen erstrecken“⁵.

Wahrnehmungsverweigerung im Interesse von ‚Politikfähigkeit‘?

Aus welchen Gründen auch immer wird in sozialen Bewegungen die hinter den Phänomenen steckende Krise des Kapitalismus kaum wahrgenommen. Wollen sich soziale Bewegungen ihre Illusionen der Handlungsfähigkeit in den herrschenden Verhältnissen der Warenproduktion und der mit ihr verbundenen Politikform erhalten und Einsichten in die Notwendigkeit von Alternativen ‚jenseits von Markt und Staat‘ vermeiden? Wer in die angedeutete Richtung denkt, muss damit rechnen ‚bei Hofe‘ ebenso wie bei den medialen ‚Hofberichterstatlern‘ als ‚politikunfähig‘ abgewiesen zu werden. Es scheint, als seien zu viele bereit, lieber den Preis der Verweigerung von Erkenntnis zu zahlen als von Ignoranten mit dem Entzug der ‚politischen Zurechnungsfähigkeit‘ bestraft zu werden. Und in und über allem steht die Selbstzensur der Vermittelbarkeit: Erkenntnis muss ‚vermittelbar‘ sein – an wen oder was auch immer. Dieses Dogma beschreibt die ‚selbst verschuldeten‘ Grenzen der Erkenntnis. Selbst wenn in der Vermittlung der Inhalt ‚gegen Null‘ tendiert, wird am Dogma der Vermittlung festgehalten.

Die ‚neuen Kriege‘ und die Krise des Kapitalismus

Umso wichtiger erscheint es, Zusammenhänge ‚zur Kenntnis‘ zu nehmen, die Robert Kurz bereits in seinem Buch ‚Weltordnungskrieg‘⁶ reflektiert hatte. Darin brachte er die ‚neuen Kriege‘ mit dem Zerfall staatlicher Souveränität und der Bedrohung staatlicher Souveränität durch die Zerfallsprodukte zusammen. Die Krise staatlicher Souveränität fällt jedoch weder vom Himmel noch ist sie der Korrumpierbarkeit ‚des

der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Ferrero-Waldner ehemalige EU-Kommissarin für Außenbeziehungen.

⁴ S. Anm. 2.

⁵ Ebd.

⁶ Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003.

Menschen' oder ‚irgendwie‘ schlechter Regierungsführung geschuldet, sondern geht einher mit der Verwertungskrise des Kapitals.

Krise der Wertschöpfung

Wenn die Apologeten des Kapitalismus den inneren Zusammenhang von Markt und Demokratie als Charakteristikum für die kapitalistische Gesellschaft benennen, plaudern sie in gewisser Weise die Wahrheit aus. Fundiert ist die kapitalistische Gesellschaft in der Produktion von Waren, die auf dem Markt getauscht werden. Darin gründet aber auch ihre Krise. Substanz der Warenproduktion ist abstrakte Arbeit, die sich im Wert der Ware vergegenständlicht. Seinen abstraktesten Ausdruck findet der Wert im Geld. Reißt der für die kapitalistische Gesellschaft konstitutive Zusammenhang von Arbeit (als Substanz des Werts), Ware (als Vergegenständlichung des Werts) und Geld (als abstraktester Ausdruck des Werts) auseinander, kann sich der Kapitalismus nicht mehr reproduzieren und gerät in Prozesse der Zerstörung. Der logisch nicht zu lösende Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, Arbeit zur Produktion von Wert zu verausgaben, und gleichzeitig in der von der Konkurrenz erzwungenen Steigerung der Produktivität Arbeit zu entsorgen, erreicht mit der mikroelektronischen Revolution auch historisch seine Grenzen. Die im Kampf um Produktivität entsorgte Arbeit kann durch Ausweitung der Produktion nicht mehr kompensiert werden. Damit gerät die Wertschöpfung an eine objektive Grenze, die sich historisch in der Vielfältigkeit der Krisen zeigt. Mit der Arbeit verliert die ökonomische Form ihre Substanz und verfällt in den globalisierten Finanzkapitalismus mit seinen bekannten Krisenerscheinungen von Armut und staatlichen Finanzkrisen oder in Plünderungsökonomien, in denen es Staaten nicht mehr möglich ist, Herrschaft in den Formen von Warenproduktion und Markt, von Staat und Recht zu sichern.

Mit der Wertschöpfung gerät auch der Staat in die Krise.

Gerät der ‚Markt‘ - oder besser gesagt - die Wertschöpfung in die Krise, gerät auch die ‚Demokratie‘ bzw. der Staat in die Krise. Staat steht ja nicht nur polar der Ökonomie gegenüber, vielmehr bilden Warenproduktion und Staat eine polare Einheit. Der Staat kann seine Aufgabe, gegenüber der Vereinzelung kapitalistischer Produktion eine kapitalistische Allgemeinheit darzustellen, sich also als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ zu konstituieren, nur in Abhängigkeit vom Verwertungsprozess wahrnehmen. Er kann nur ‚steuern‘, wenn er hinreichend ‚Steuern‘ aus der Wertschöpfung erhält. Gerät also die Wertschöpfung an ihre Grenze, gerät auch die Staatlichkeit in die Krise. Der Souverän kann seine Rolle als Souverän nicht mehr wahrnehmen.

Insofern geht mit der Krise kapitalistischer Ökonomie zugleich auch die Krise staatlicher Souveränität einher.

Die Krisenprozesse wurden, wenn überhaupt, in den westlichen Zentren erst wahrgenommen, als sie diese in Gestalt der Krise der Finanzmärkte und der Finanzkrisen der Staaten erreichten. In der Zweidrittelwelt - und später in den östlichen Zerfallsregionen - zeigte sich die Krise des Kapitalismus in den Verschuldungskrisen der Zweidrittelwelt und den damit verbundenen Zusammenbrüchen und aus ihnen erwachsenen Plünderungsökonomien. Im Osten scheiterten die staatlich betriebenen Strategien und Modelle nachholender Modernisierung. Ihr Scheitern war aber nicht der Sieg von ‚Markt und Demokratie‘, sondern Vorbote der Krisenprozesse, die wir gegenwärtig in den Zentren erleben. Auch Staaten des ‚demokratisierten‘ Ostens verlieren die Kontrolle über ihr Territorium und haben immer mehr Mühe, Sicherheit und Rechtsordnung zu garantieren.

Krise der Souveränität

Vor diesem Hintergrund sieht Robert Kurz zu Recht die Weltordnungskriege im Zusammenhang des „Endes der Souveränität“⁷. Das Prinzip der Souveränität wurde von Jean Bodin (1529-1596) formuliert und zum Prinzip aller modernen Staatsformen - vom Absolutismus, unter dessen Herrschaft sich der Kapitalismus zu ‚formieren‘ begann, bis zu den Varianten ‚totalitärer‘ und ‚demokratischer‘ Staatlichkeit in unseren Tagen. Mit Souveränität meint Bodin „die absolute und dauernde Gewalt eines Staates“, die „nur dem göttlichen Gebot und dem Naturrecht unterworfen ist“⁸. Wenn in den ‚demokratischen‘ Staaten alle staatliche Gewalt vom Volk ausgeht, steht dies nicht im Widerspruch zur so verstandenen Souveränität. An die Stelle der die Souveränität legitimierenden Autoritäten (Gott, Naturrecht) tritt lediglich ihre Versachlichung in der Gestalt der sattsam bekannten Sachzwänge und Alternativlosigkeiten als Ausdruck abstrakter Herrschaft im Kapitalismus. Gegenüber dem Apriori des Wertgesetzes und der mit ihm verbundenen Staatlichkeit ist das Volk, von dem angeblich alle Macht ausgeht, gerade nicht souverän. Im Gegenteil, es ist davon abhängig, und auch staatliche Souveränität gibt es nur im Einklang mit den Rahmenbedingungen, die vom Gesetz der Verwertung von Kapital abgesteckt sind⁹.

⁷ Kurz, Weltordnungskrieg, 272ff.

⁸ Zitiert nach ebd., 283.

⁹ Vgl. auch Robert Kurz, Es rettet euch kein Leviathan, in Exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft 7, 2011, 26 – 74 (Erster Teil) und 8, 2011, 108 – 162.(Zweiter Teil).

So verstandene Souveränität ist untrennbar mit einem Territorium, also mit Nationalstaatlichkeit, verbunden und findet ihren greifbarsten Ausdruck im Gewaltmonopol. Staatliche Souveränität setzt den territorialen und rechtlichen Rahmen für den Verwertungsprozess des Kapitals. In diesem Rahmen sind die Menschen der Herrschaft ‚abstrakter Arbeit‘ unterworfen. Nachdem die Systemzwänge erfolgreich verinnerlicht und Alternativen nicht mehr denkbar sind, erscheinen Rechtlosigkeit als Recht und Unterwerfung als Freiheit.

Deterritorialisierung und Entrechtlichung

Der Zerfall staatlicher Souveränität zeigt sich in Prozessen der Deterritorialisierung und Entrechtlichung. Staaten verlieren die Herrschaft, d.h. die Souveränität über ein Territorium. Angesichts der wegbrechenden Arbeit als Substanz des Verwertungsprozesses geht ihnen mit der abstrakten Arbeit die Basis ihrer territorialen Souveränität verloren. In den von Herrschaft ‚entterritorialisierten‘ Räumen entstehen aus den Trümmern einer über Verwertung (Markt) und Staat ‚regulierten‘ Gesellschaft besagte Plünderungsökonomien mit all ihren vielgestaltigen Erscheinungsformen von Gewalt. Akteure der sich in den Plünderungsökonomien manifestierenden Gewalt kämpfen mit den Restbeständen der staatlichen Gewaltapparate um Zugang zu Ressourcen und ihrer Verwertung.

Mit Prozessen der Deterritorialisierung gehen Prozesse der Entrechtlichung einher – am greifbarsten in den Plünderungsökonomien, aber auch in den sog. Rechtsstaaten. Sie werden deutlich sichtbar im Bruch des Völkerrechts. Den entscheidenden Einschnitt stellte der NATO-Angriff auf das zerfallende Jugoslawien dar. Angegriffen wurde ein souveräner Staat, der sich seinerseits keine Verletzung der Souveränität eines anderen Staates hatte zuschulden kommen lassen. Das Ergebnis sind ethnische konstituierte Einheiten („eingezäunte ‚Ethno-Zoos‘“¹⁰), die mit keinem Prinzip staatlicher Souveränität vereinbar sind. Seit dem 11. September gibt es kein Halten mehr. El-Kaida-Kämpfer werden in einem souveränen staatlichen Territorium bekämpft ohne jede Schutzmöglichkeit für die Bevölkerung. Und die US-Regierung erklärt ihre Absicht, auch außerhalb Afghanistans Terroristen in geheimen Militäraktionen zu verfolgen und zu töten. In Pakistan werden gegen den Willen des Souveräns von den USA Drohnen eingesetzt. Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung wird die UNO degradiert, um notfalls auch ohne UNO-Mandat militärisch handeln zu können.

¹⁰ Ebd., 296.

Der Preisgabe von Souveränität und Recht zeigt sich darüber hinaus auch darin, dass souveräne Staaten mit den Zerfallsprodukten staatlicher Souveränität gleichberechtigte Beziehungen aufnehmen – bis hin zu Verhandlungen, Verträgen und wechselnden Bündnissen. So konnten Taliban und Saddam Hussein von verhätschelten Partnern der Demokratien zur Personifikationen des Bösen werden, das ausgerottet werden muss. Die nun in Afghanistan ‚demokratisch‘ hoffähig gewordene Nordallianz und ihre Mord-, Vergewaltigungs- und Plünderungshaufen dürfte kaum weniger islamistisch-fundamentalistisch orientiert sein als die bekämpften Taliban – lediglich gegenwärtig durch ‚ziviles‘ Wohlverhalten gezähmt auftreten. Sich über den immer wieder neuen Wechsel der Gewaltpartner der westlichen Wertegemeinschaft zu empören, greift zu kurz. Es käme darauf an zu sehen, „dass in immer größeren Teilen der Welt gar keine Möglichkeit mehr besteht, als mit postsouveränen Mächten ... zu verhandeln, sich auf wechselnde Bündnisse mit ihnen einzulassen usw., weil eben gar keine Souveränität mehr besteht oder sie in Auflösung begriffen ist“¹¹. Genau dies wiederum hat seine Ursache darin, dass staatliche Souveränität angesichts des zusammenrechnenden Verwertungsprozesses nicht mehr hergestellt werden kann.

In verzweifelten Kampf um Selbstbehauptung wird tendenziell jedes Mittel recht: Bruch der Menschenrechte, sogar ein ‚bisschen Folter‘ in Guantanamo, der Einsatz von Drohnen in Pakistan ohne Zustimmung des staatlichen Souveräns und wie in diesen Tagen öffentlich wurde auch ‚ein bisschen Spionage‘ unter Bündnispartnern etc. Verschärft wird die Tendenz zur Rechtlosigkeit durch die Privatisierung des Gewaltmonopols sowie die Korrumpierung politischer Akteure und Institutionen und darin des demokratischen ‚Nomos‘. Mit der Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols in private Gewaltunternehmen nähern sich die Staaten den in den Plünderungsökonomien gekauften Söldnerbanden an.

Auch Korruption ist kein Phänomen mehr, das sich nur in zerfallenden Staaten zeigt. Sie greift auch in den Zentren der westlichen Demokratien um sich. Wo der Wert als gesellschaftliche Grundform sich entsubstantialisiert, zerfallen mit ihm auch moralische Werte wie Recht, Vertragstreue, Ehrlichkeit, in die der Verwertungsprozess – zumindest in der Hochphase kapitalistischer Entwicklung - eingebettet war. „Wie das Gewaltmonopol, so verflüssigt und zersetzt sich auch der bürgerliche Begriff von Recht und Gerechtigkeit, wenn der Himmel der Souveränität einstürzt.“¹² Im Sumpf von Korruption und korrumpierter Werte wird es

¹¹ Ebd., 299.

¹² Ebd. 304.

möglich, Auschwitz in Kombination mit gefälschten Dokumenten zur Legitimation für Krieg werden zu lassen, Gewalt, die aussichtslos zu dem Zweck eingesetzt wird, die Funktionsfähigkeit des nicht mehr funktionierenden Kapitalismus zu sichern, ‚humanitär‘ zu bemänteln oder auch die Unmittelbarkeit eines ökonomischen Interesses plausibel zu machen: Für ‚Wohlstand‘ und Wachstum brauchen ‚wir‘ eben Öl, Rohstoffe und Militär oder auch – vermittelbar für jedermann – ‚Keine Bananen ohne Bundeswehr‘.

Gegen wen werden die ‚neuen Kriege‘ geführt?

Offensichtlich lassen sich die zu bekämpfenden Gegner nicht mehr einfach als staatliche Souveräne ausmachen. Im Gegenteil, sie sind Produkte des Zerfalls der Souveränität. Sie bewegen sich als Ethno-Banden und Warlords im Kontext von Plünderungsökonomien auf einer substaatlichen Ebene. Die Al-Kaida-Gotteskrieger agieren als Staaten übergreifendes Netzwerk, das Stützpunkte in verschiedenen Staaten hat, auf einer substaatlichen und metastaatlichen Ebene. In jedem Fall handelt sich bei den Gegnern der Souveräne um postpolitische Gebilde, die sich jenseits der Logik der Souveränität bewegen.

Damit wird auch die Relation von Angegriffenem und Angreifer sinnlos ebenso wie die Logik der Selbstverteidigung. Entsprechend macht es auch keinen Sinn, solche nicht staatlich zu fixierenden Gegner nach der Logik der Landesverteidigung und mit den ihr entsprechenden Strategien und militärischen Mitteln zu bekämpfen. Offensichtlich sind kleine Gruppen und Netzwerke dazu in der Lage, die staatlichen Militärapparate zu unterlaufen, außer Kraft zu setzen und zu blamieren. Entsprechend versuchen sich die neu ausgerichteten Militärapparate auf die neue Situation einzustellen. Wie auch immer sich die Strategien und Apparate entwickeln, nationale Selbstverteidigung wird zu einer logischen Unmöglichkeit¹³.

Vor allem aber ist nicht mehr mit einer zielgerichteten Rationalität der Gegner zu rechnen. Es geht nicht mehr um rationale politische Ziele wie Befreiung und entsprechende Strategien und Mittel, die eingesetzt werden, um ein emanzipatorisches Ziel zu erreichen. In den plünderungsökonomischen Strukturen mischen sich Gewaltformen, die sich mit ökonomischen Interessen verbinden, mit Gewaltformen, in der Gewalt zum irrationalen Selbstzweck wird. Die Irrationalität der Gewalt wird an der bedingungslosen Bereitschaft zum Selbstmord, der sich als Selbstopfer inszeniert, sichtbar. Dagegen scheint kein zweckrationales Kraut gewachsen. Mit Mittel-Zweck-Relationen ist blinde Zerstörungsbereitschaft nicht zu erklären und schon gar nicht zu bekämpfen.

¹³ Vgl. ebd., 280ff.

Die Irrationalität des Kapitalismus und seiner Gegner

Die Irrationalität, die im religiösen Wahn der Gotteskrieger und ihrer Bereitschaft zum Selbstmord zum Ausdruck kommt, ist dem Kapitalismus keineswegs fremd. Sein Kern ist ein irrationaler Selbstzweck: die Verwertung des Werts bzw. die Vermehrung des Kapitals um ihrer selbst willen. Diesem abstrakten und damit leeren Selbstzweck werden das Leben von Menschen und die Schöpfung als Grundlage des Lebens geopfert.

Die ‚Normalität‘ des Opfers wird in der betriebswirtschaftlichen Logik, also im ‚normalen‘ ökonomischen Krieg aller gegen alle vollzogen. Betriebswirtschaftliche Akteure sind nicht einmal als Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Die politische und mit ihr die militärische ‚Subjektivität‘ ist der ökonomischen ergänzend nachgeordnet. Folgt die ökonomische Logik des Tötens der privaten Logik des ‚homo oeconomicus‘ bzw. des ‚bourgeois‘, verfolgt das ‚zivilisierte‘ Töten des ‚homo politicus‘ bzw. des ‚citoyen‘ einer gesamtkapitalistischen Logik. Beide Varianten des Opfers bzw. des Tötens gehören als ‚Markt‘ und ‚Staat‘ als ‚Ökonomie‘ und ‚Politik‘ zur Konstitution des Kapitalismus und seines abstrakten und damit leeren irrationalen Selbstzwecks und sind insofern elementare Bestandteile der sog. westlichen Werte und der westlichen Wertegemeinschaft.

Die Aufstiegs- und Durchsetzungsphasen des Kapitalismus waren mit dem (normalen) ‚Terror der Ökonomie‘ samt ihren tödlichen Folgen sowie mit dem ‚zivilisierten‘ Töten des staatlichen Souveräns verbunden. Mit der gegenwärtig sich ausagierenden Krise stehen wir vor dem Ende der immanenten Entwicklungs- und Expansionsfähigkeiten des Kapitalismus. Mit dem Schwinden der Arbeit wird dem Verwertungsprozess die Substanz entzogen. Damit schwindet auch die Grundlage der staatlichen Existenz und mit ihr das an die Existenz von Staaten und an ihr Gewaltmonopol gebundenes Recht. Der Ausnahmezustand der Gewalt, in dem nach Carl Schmitt die staatliche Existenz und die Grundlage des Rechts fundiert sind, wird zur Normalität.

Soziale und politische Kritik, die auf den Entwicklungsmöglichkeiten des Systems gründet, bleibt ohne tragfähige Grundlage. Es macht keinen Sinn mehr, den Kapitalismus an seinen eigenen ‚aufgeklärten‘ sozialen und politischen Ansprüchen zu messen bzw. die uneingelösten Ideale der Aufklärung einzuklagen. Ebenso wirkungslos dürfte alles Insistieren auf Recht bleiben. Für all das schwindet die Grundlage. In der sich zuspitzenden Krise mutiert der ‚homo oeconomicus‘ zu einem nackten leeren Konkurrenz-Subjekt, dem mit den Möglichkeiten, Arbeit zu verwerten, seine Substanz entzogen ist. Damit ist auch der ‚homo

politicus' substanzlos und droht zu einem nackten Gewalt-Subjekt zu werden.

Die Parallelen werden deutlich: In den Terrorbanden und Terrornetzwerken sind immer weniger binnenrationale soziale und politische Zielsetzungen zu erkennen, „aber sie drücken – stellvertretend für Milliarden von hoffnungslosen Konkurrenzsubjekten – den Zerstörungs- und Selbstzerstörungscharakter des Weltsystems an seinen absoluten historischen Grenzen aus.“¹⁴

Womit sich ‚soziale Bewegungen‘ auseinandersetzen müssten...

Aus den Fallen von ‚Politik- und Vermittlungsfähigkeit‘ finden soziale Bewegungen nur heraus, wenn sie sich an dem orientieren, was an Erkenntnis zu gewinnen ist. Im Zusammenhang mit der Frage der Militarisierung wäre dies u.a.:

- Die Versprechen der Humanität und des Wiederaufbaus (im Sinne von Markt und Demokratie) stoßen auf die Grenzen des warenproduzierenden Systems, das immer weniger Menschen über Lohnarbeit ‚integrieren‘ kann und mit einer „globalen Demobilisierung von Arbeitskraft“¹⁵ verbunden ist.
- Die zunehmenden Krisen und Zusammenbrüche mit den Irrationalismen von Hass und Gewalt stellen die militärische Kontrollfähigkeit in Frage. Diese Infragestellung treten die politischen Akteure auf paradoxe Weise entgegen: Durch Militarisierung wollen sie eine Handlungsfähigkeit ‚beweisen‘, die an ihre objektiven Grenzen stößt.
- Die militärische Stärke kann auf Dauer nicht die ökonomische Schwäche (Verschuldung, Außendefizite, von denen globale Wirtschaftskreisläufe abhängen) kompensieren. Das gilt auch für die letzte verbliebene Weltmacht der USA und ihre Rolle als Weltpolizist des ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘. Sie steht auf den tönernen Füßen von Defizitkreisläufen.
- Die Versuche, die Kontrolle über die barbarischen Folgen der Destruktionsprozesse aufrecht zu erhalten, schlagen um in die „Barbarei der Kontrolle“¹⁶.
- „In der sich abzeichnenden ökonomischen Unbewältigbarkeit der neuen globalen Krisenkonstellation“ lauert „die Gefahr einer irrationalen ‚Flucht nach vorn‘ in den Weltkrieg. Allerdings kann das auf dem Entwicklungsniveau der Globalisierung kein Krieg zwischen

¹⁴ Ebd., 273.

¹⁵ Robert Kurz, Barbarei, Migration und Weltordnungskrieg. Zur Signatur der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, S. 8

¹⁶ Ebd., S. 7ff

imperialen Machtblöcken für die ‚Neuaufteilung der Welt‘ mehr sein. Man müsste vielmehr von einem Weltbürgerkreis neuen Typs sprechen, wie er sich in den ‚Entstaatlichungs‘- und Weltordnungskriegen seit dem Untergang der Sowjetunion bereits angedeutet hat, die vielleicht nur die Vorboten waren. Nie war die Parole ‚Sozialismus oder Barbarei‘ so aktuell wie heute. Aber gleichzeitig muss der Sozialismus am Ende der Modernisierungsperiode neu erfunden werden.“¹⁷

Und wo bleibt die Handlungsfähigkeit?

‚Empört Euch!‘ heißt es in der Kampagne gegen Rüstungsexporte. Es ist aber zu befürchten, dass Empörung wesentlich zu kurz greift. Sie könnte zwar dann ein Anknüpfungspunkt sein, wenn sie als Empörung über das verstanden würde, was Menschen zu erleiden haben. In diesem Sinn ist die Frage nach den Opfern ein unverzichtbarer Ausgangspunkt des Denkens. Aber letzteres müsste dann auch geschehen – ganz im Sinne von Adornos Diktum: ‚Das Leid gibt zu denken.‘ Zu fragen wäre dann nach dem Zusammenhang der ‚empörenden Phänomene‘ mit dem Ganzen der kapitalistischen Konstitution und der logischen und historischen Grenze, auf die sie stößt. Weiter gefragt: Welche Rolle spielen Rüstungsexporte, Drohnen, die in Büchel lagernden Todespotentiale etc. im Kontext eines Kapitalismus, der sich nicht mehr reproduzieren kann, an dessen Reproduktionsfähigkeit aber staatliches Handeln, Recht, Moralvorstellungen und nicht zuletzt die Subjektform gebunden sind? Was wird aus all diesen weltweit vorhandenen Gewaltpotentialen, wenn die staatliche Verfügungsmacht nicht mehr gewährleistet ist und sie in die Hand von ‚warlords‘ und Terrorbanden fallen? Und auch staatliche Verfügungsmacht ist keineswegs frei von terroristischer Verfügung über Gewaltpotentialen – erst recht, wenn es um die ‚letzten Reserven‘ im irrationalen Kampf um die Existenz der Wertform gehen sollte.

Was bedeutet das Gebot ‚Du sollst nicht töten!‘ als Horizont christlicher Friedenserziehung? Dabei geht es ja nicht einfach um Töten in militärischen Zusammenhängen. Letzteres ist – genau das belegen die biblischen Zusammenhänge – Ergebnis eines Tötens durch Wegnahme des Landes, falsche Zeugenaussagen etc. Anders gesagt: Militärisches Töten steht im Zusammenhang des erlaubten betriebswirtschaftlichen Tötens weltweit. „Es gibt“ ja – wie bei Brecht nachzulesen ist - „viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen

¹⁷ Robert Kurz, Weltmacht und Weltgeld. Die ökonomische Funktion der US-Militärmaschine im globalen Finanzkapitalismus und die Hintergründe der neuen Finanzkrise.

in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen in den Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“¹⁸

Durch theoretische Reflexion ist zu erkennen, dass Überwindung von Gewalt oder auch nur die Minderung ihrer Eskalation nur im Bruch mit dem kapitalistischen Formzusammenhang von Warenproduktion, abstrakter Arbeit, Geld, Staat und Politik, Subjekt und dem Denken in diesen Kategorien möglich sein können. Solche Erkenntnisse würden für soziale Bewegungen befreiende Horizonte eröffnen:

Zum einen kämen sie heraus aus der Defensive, in der sie stecken, weil sie immer noch meinen, in den herrschenden Kategorien denken und reden zu müssen, um politisch ‚anschlussfähig‘ zu bleiben. Gewännen sie Mut zu Reflexion und radikaler Kritik, müssten sie sich von den Apologeten des Systems in der Öffentlichkeit nicht mehr als diejenigen darstellen lassen, die sich verweigern ‚Verantwortung‘ zu übernehmen. Durchschaubar wäre, dass hinter der Verantwortungsrhetorik nur die Frage der ‚Verantwortung‘ für den Erhalt der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus steht, genau das aber beinhaltet Verantwortungslosigkeit gegenüber seinen Opfern. Die ethische Frage ist dann nicht mehr „Dürfen wir uns heraushalten?“ (de Maiziére), sondern: Dürfen wir so weitermachen? Und wie können wir aus einem System aussteigen, dessen abstrakter Selbstzweck der Vermehrung von Kapital die Welt in den Abgrund treibt und dessen Zerstörungsprozesse immer neue Ausgeburten von Gewalt hervorbringen?

Ein zweites: Statt Anschluss an eine ‚Politikfähigkeit‘ zu suchen, der von den realen Verhältnissen die Grundlage entzogen wird und die sich selbst ‚ad absurdum‘ führt, käme es zum einen darauf an, die logische und historische Grenze dieser Politikform zu thematisieren. Die Anschlussfähigkeit an die Politik und die öffentliche Meinung kann kein Kriterium der Wahrheit sein. Nicht das ist wahr, was am politischen Hofe und in den hofkonformen Medien ‚vermittelbar‘ ist. Wahrheit ist mit der Erkenntnis verbunden, die aus der Analyse der Erscheinungen im Zusammenhang des Ganzen zu gewinnen sind. Und solche Wahrheit ist zu sagen und in den Streit um die Wahrheit einzubringen.

Und nicht zuletzt: Statt in sozialen Bewegungen den Aktionismus einer zum Scheitern verurteilten Politik nur ‚spiegelverkehrt‘ zu wiederholen, käme es darauf an, sich von der Akkumulation des Leidens auf dem Globus unterbrechen zu lassen, Zeit und Zeiten für theoretische Reflexion zu gewinnen. Ohne Bruch mit dem Tabus der Unantastbarkeit des kapitalistischen Formzusammenhangs und der Kategorien, in denen

¹⁸ Bertold Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen, Frankfurt am Main, 1983, 59.

er sich darstellt, dürften Handlungsperspektiven nicht zu gewinnen sein. In diesem Sinne ist Kapitalismuskritik kein Luxus, den sich die auch noch leisten können, die von einer notorischen Lust an Theorie getrieben sind. In Anlehnung an Marx formuliert: Die Kritik des Kapitalismus wird zur Voraussetzung aller Kritik und der Möglichkeit, die Welt zu verändern.

Heribert Böttcher

Müssen wir uns eigentlich daran beteiligen?

Unverhohlen und ziemlich einmütig resümieren die deutschen Medien, dass der Einsatz in Afghanistan gescheitert ist. „...die Sicherheitslage im kriegszerstörten Land ist desaströs“ (spiegel-online). Es wird befürchtet, dass das Land ebenso wie nach dem Abzug der Sowjetunion wieder in ein neues Chaos versinkt. Parallelen zum Abzug der Kampftruppen aus dem Irak werden gezogen. Ähnlich wie dort sollen noch Einheiten bleiben. Als Aufgaben werden Ausbildung, logistische Unterstützung und Sanitätsdienst genannt.

Man kann sich allerdings des Eindrucks nicht verwehren, dass die Truppen in erster Linie abgezogen werden, weil in den Entsendeländern die Zustimmung zu einem Krieg, in dem die eigenen Soldaten sterben und der ohne wirklichen Erfolg ist, nicht mehr gegeben ist. Unterdessen wird weiter gekämpft, getötet und gestorben. Jakob Augstein schreibt in einer Kolumne(Spiegel online) am 8. April: „Am Wochenende hat die Nato in Afghanistan wieder Kinder umgebracht. Was für ein Wahnsinn: Das Datum für den Abzug der Isaf-Truppen steht fest - aber bis dahin wird getötet. Ohne Sinn, nur aus Pflichtgefühl. Und die Deutschen machen mit.“ Auch wenn das Einsatzziel für die verbleibenden Soldaten sich ändert, das Unheil für die fremden Streitkräfte, ja für das ganze Land wird sich fortsetzen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Beschluss zum Bleiben in erster Linie kaschiert, dass die USA, die NATO ihre angestrebten Ziele verfehlt hat. Wenn es irgendwie weitergeht, erscheint auch der vergangene Einsatz gerechtfertigt. Gleichzeitig ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Staaten bzw. die Nato die Truppen weiter stationieren, um einen Fuß in der Tür zu haben, machtpolitisch im asiatischen Raum und schließlich werden in Afghanistan anscheinend Bodenschätze in erheblichem Ausmaß zu heben sein.

Was ist falsch gelaufen?

Es ist davon auszugehen, dass die am 11.09.2001 „verwundeten“ Staaten von Amerika zeigen mussten, dass man sie nicht ungestraft beschädigen kann. In der Folge dieser Antwort auf das Attentat wurde zur Jagd auf Al Quaida, seinen Anführer Osama bin Laden und die ihn stützenden Taliban geblasen und ganz Afghanistan mit Krieg überzogen. Schon sehr bald war zu erkennen, dass die dann folgenden Angaben von Zielen wie Aufbau eines demokratischen Staates oder noch konkreter die Förderung von Frauen-rechten oder Schulbildung nur sehr mangelhaft die konfuse Vorgehensweise der USA und ihrer Verbündeten beschönigen konnten.

Stellvertretend für viele Analysen und Überlegungen vom Beginn des Krieges an erinnern wir an einem Brief der Bistumsstelle pax christi an die Fraktionen des deutschen Bundestages aus dem Jahre 2007 hin. Dort heißt es:

- „Afghanistan war historisch ein Spielball der Großmächte. Mit dem Einmarsch westlicher Truppen hat sich das Land zu einem Nato-Protectorat entwickelt.
- Das gesamte Land ist destabilisiert, die Wirtschaft nach 30 Jahren Krieg komplett zerstört und hat unter den existenten, kolonial-ähnlichen Verhältnissen keine Chance sich zu regenerieren. Über 90 Prozent aller Produkte, die auf dem afghanischen Markt angeboten werden, sind Importe und das, obwohl dieses Land über günstige landwirtschaftliche Bedingungen verfügt. Der einzig florierende Produktionszweig ist der Mohnanbau. Afghanistan hat auch unter den „Beschützern“ den Drogenanbau radikal erweitert und kann als Drogen-Mafia-Staat definiert werden.
- Die Bevölkerung sieht mehr und mehr auch in den deutschen Truppen Besatzer, die unerwünscht sind und das Land verlassen sollen. Der Widerstand gegen die ausländischen Militärs wächst ständig. Eine „Irakisierung“ von Afghanistan ist zu erwarten; die Zahl der Selbstmordattentäter nimmt zu.
- Die zivil-militärische Zusammenarbeit hat die Arbeit der Hilfsorganisationen immer gefährlicher gemacht. So sind nach einem Bericht von Caritas International seit der Militärintervention 10 Mitarbeiter getötet worden. Von den Afghanen werden sie nicht mehr als Helfer, sondern als Handlanger der Militärs gesehen.
- Durch das Aussuchen von westlich Vertrauten für die Regierung beim Petersberger Prozess und die beeinflussten Wahlen hat die Regierung keine demokratische Legitimation, ist durchsetzt mit Warlords und Drogenbaronen; die Hälfte der Kabinettsmitglieder

besitzt einen ausländischen Pass.

- Die Bombenangriffe mit ihren Folgen für Land und Leute und das zuweilen brutale Vorgehen der Soldaten hat die Würde dieses islamischen Staates und der Bevölkerung zutiefst verletzt und gedemütigt.
- Die Ziele der militärischen Intervention wie Terrorismusbekämpfung, Aufbau und Demokratisierung des Landes sind nicht erreicht worden. Chaotische Zustände mit fortschreitender Tendenz sind zu beobachten.
- Die terroristischen Organisationen sind nicht eliminiert worden, sondern erhalten mit zunehmender Tendenz neue Mitglieder; dies gilt auch für die Taliban-Kämpfer.

Daher halten wir es für notwendig:

- nicht mehr dem Muster „Mehr Soldaten > mehr Sicherheit > mehr Aufbau“ zu folgen, sondern einen Paradigmenwechsel vorzunehmen, der sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, alle Volksgruppen miteinbezieht und afghanischen Traditionen zugrunde legt.
- dass neue politische Rahmenbedingungen geschaffen werden u.a. demokratische Wahlen nach afghanischen Muster der LOYADJIRGA ; es ist ein Kommission für eine neue Verfassung zu bilden; eine provisorische Regierung ist zu wählen auf der Basis der vollen Souveränität.
- dass die ausländischen Besatzer das Land verlassen; sie können, wenn dies von der Regierung gewünscht wird, durch neutrale und befreundete Staaten für eine Zeit ersetzt werden.
- dass die aktive Terrorbekämpfung sofort eingestellt wird und die entsprechenden Mandatierungen nicht mehr gegeben werden. Das gilt unbedingt für OEF und die Tornados und aber auch vermehrt auch für ISAF.
- dass nur bei einem Neuansatz für die politischen Verhältnisse und beim Aufbau des Landes Übergangsszenarien zu rechtfertigen sind.
- die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung ernst zu nehmen, die den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ablehnt. Wenn eine Mehrheit eines Volkes ihre Regierung und deren Politik ablehnt, ist sie nicht mehr legitimiert. Vielleicht sieht die Bevölkerung, dass es am Hindukusch nicht um die Verteidigung Deutschlands sondern um ökonomische und macht-strategische Fragen geht.“

Inzwischen gibt auch die Bundeswehr zu, dass sie von den angestrebten Zielen wie Stabilität, Demokratisierung und Wiederaufbau kaum etwas erreicht haben. Spiegel online vom 29.05. sagt: „die Bundeswehr muss ihre Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan korrigieren. Zuletzt war stets von einer leichten Verbesserung die Rede, tatsächlich haben die Angriffe auf Soldaten und Zivilisten um fast 25 Prozent zugenommen. Der angebliche Fortschritt entpuppt sich als Schönfärberei. Doch was Konteradmiral Rainer Brinkmann, der stellvertretende Befehlshaber, zunächst in langen Sätzen etwas unverständlich mitteilte, war ein echtes Eingeständnis. Schließlich kam heraus, dass die Truppe, aber auch die Bundesregierung die Lage in Nordafghanistan in den vergangenen anderthalb Jahren ziemlich falsch dargestellt hat. Statt einer immer stabileren Sicherheitslage, bis hinauf zum Minister als Fortschritt bezeichnet, sieht es tatsächlich düster aus. Brinkmann musste in der Runde nun eingestehen, dass die Bundeswehr ihre Statistik über die sogenannten sicherheitsrelevanten Zwischenfälle (so nennen Militärs Angriffe auf die Truppe auf Konvois, aber auch über Selbstmordanschläge auf Zivilisten) massiv korrigieren musste. Im Detail habe es 2012 einen rapiden Anstieg gegeben - im Vergleich zum Vorjahr 2011 registrierte die Bundeswehr mit 1228 Vorfällen einen Anstieg der Angriffe und Anschläge um rund 25 %.“

Wechselt man zum Irakkrieg ist das Ergebnis ebenfalls niederschmetternd. Interventionspolitik – gleich, ob hehre Ziele benannt oder offenkundige Interessen verfolgt werden – dient weder dem Frieden noch der Entwicklung von Völkern.

So gibt es folgerichtig zur NATO-Konferenz im Mai 2012 in Chicago in le monde diplomatique folgenden Kommentar: „Als "Achse eines globalen Sicherheitssystems, das Partnerschaften mit über dreißig Ländern unterhält", feiert eine Pressemitteilung des Weißen Hauses eine Organisation, die sich nach wie vor als nicht nur militärisches, sondern auch sicherheitspolitisches Bündnis begreift und sich inzwischen auch als zuständig für die zivile Krisenbewältigung betrachtet, die bislang die Domäne der Europäischen Union war. Nur dass ungeachtet der Selbstbeweihräucherung auf transatlantischen Konferenzen die grandiose Illusion einer "globalisierten Nato" längst in den afghanischen Bergen krepitiert ist. Obama ist im Grunde Gefangener einer längst hinfälligen Militärstrategie, die nur noch die Folgen der Nation-Building-Illusionen und des Antiterrorkriegs der Bush-Regierung verwaltet und zu diesem Zweck mehr oder weniger geschickte Absetzbewegung inszenieren muss.“

"Claim victory and run!", den Sieg verkünden und abhauen - die Art, wie manche US-Analysten die Afghanistan-Operation auf den Begriff

bringen, sagt vieles über die Entwicklung der Nato unter der Ägide der letzten beiden Generalsekretäre.“

Würde Barbara Tuchmann heute ihr Buch „Die Torheit der Regierenden“ schreiben, könnte sie nach dem Vietnam-Krieg noch ein oder auch mehrere neue Kapitel hinzufügen.

Diskussionen über die Rolle Deutschlands

Verfolgt man gegenwärtige Kommentare zu den Sicherheitsaspekten in der Außenpolitik der Bundesrepublik in den Medien, wird das Augenmerk auf zwei Sachverhalte gerichtet: 1. Die Bundesrepublik hat sich zum Rüstungs-exportland Nummer drei entwickelt. 2. Deutsche Politik vermeidet es, Soldaten für Kampfeinsätze zur Verfügung zu stellen – siehe Libyen, Mali. Sehr deutlich wird letzteres oft als Versagen der deutschen Politik angesehen. Man sei in der Bundesrepublik zu Zeiten des Konfliktes um den Kosovo oder zu Beginn des Krieges um Afghanistan schon mal weiter gewesen. Der Verteidigungsminister spreche zwar von der deutschen Verantwortung, aber die deutsche Politik laufe darauf hinaus, sich an Interventionen nicht zu beteiligen. Der Grund für diese Politik der Nichtbeteiligung wird darin gesehen, dass die Niederlage in Afghanistan nicht zugegeben wird. So heißt es in der „Zeit“ (13/13 in „Wir tun doch nix“): „Die Niederlage wird abgestritten – zugleich ist das Scheitern aber Grundlage für die neue Doktrin des Raushaltens. Richtig wäre: Die Regierung erkennt an, dass die Ziele in Afghanistan nicht erreicht werden konnten und handelt entsprechend. Und: Dass der Einsatz in Afghanistan gescheitert ist, heißt nicht zwingend, dass alle anderen Interventionen auch zum Scheitern verurteilt sind.“

Folgerichtig wird im gleichen Artikel der „Zeit“ zur deutschen Außenpolitik angemerkt: „Deutschland ist keines von beidem, weder jenes konsequent pazifistische noch dieses machtpolitisch abgeklärte Land, vielmehr ist es die schlechte Mischung aus beidem: ein Land, das strikt jede Beteiligung an militärischen Interventionen ablehnt, dafür aber nach Kräften Waffen exportiert, gern auch in Diktaturen und in Krisenregionen; das gegenüber China und Russland nur sehr verhalten über Menschenrechte spricht und sogar selbst anfängt, zu zweifeln, ob Demokratie immer und überall die beste Lösung ist; und das sich bei alledem auch noch als Moralweltmeister geriert.“ Schließlich sei man schon mal weiter gewesen: „Aus dem politischen Grundkonsens der alten Bundesrepublik, deutsche Soldaten dürften ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden, hatte sich ein Jahrzehnt später die Haltung herausgebildet, dass man bei schlimmsten Verbrechen wie Genozid oder ethnischen Vertreibungen nicht tatenlos zusehen könne. Und dass das vereinte Deutschland über seine Nato-Verpflichtungen hinaus militärische Verantwortung übernehmen müsse.“

So wird der obige Artikel eingeleitet mit den Worten: „... wir wollen nur profitieren. Deutschland ist strikt gegen Interventionen, aber für Waffenexporte, es kritisiert nicht gern Diktaturen und lässt seine afghanischen Helfer im Stich. Über die Verlogenheit der neuen deutschen Außenpolitik.“

Auf dem Hintergrund deutscher Zurückhaltung bei Interventionen wird dann ausdrücklich gefordert, dass die Bundesrepublik nicht nur von Verantwortung sprechen sondern sie auch aktiv übernehmen müsse. Zwei Experten für Sicherheitspolitik bei der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) fordern: „Das gilt vor allem für die deutsche Rolle innerhalb der Nato. Zwar weiß die Bundesregierung, dass das westliche Bündnis vor grundlegenden Veränderungen steht, und sie betont, wie wichtig ihr eine handlungsfähige Nato sei. Konsequenzen zieht Deutschland jedoch nicht. Gerade in der Bündnispolitik müsste Deutschland konkrete Schritte unternehmen, um die kritisierte "Nicht-Politik" zu überwinden.“ Auf dem Hintergrund einer Verlagerung amerikanischen Präsenz von Europa nach Asien wird gefordert, dass Deutschland zusammen mit England und Frankreich sich zu einem Führungstrio für die Neuaufstellung der Nato zusammenschließen. Diese wird als absolut notwendig für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik angesehen. Gero von Randow bezeichnet die Bundesrepublik als sicherheitspolitischen Totalausfall und fordert ein „Aufwachen aus dem strategischen Koma“

Gegenläufig ist zu beobachten, dass die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik zunehmen. Unter den Waffen exportierenden Ländern hat sie den dritten Platz erreicht. Auch mit dem Verkauf alter Bestände werden gute Geschäfte gemacht. Als Zulieferer von hochwertigen Teilkomponenten oder auch bei der Freigabe von Lizenzen sind Firmen der BRD gefragt. Der katholische Vorsitzende der GKKE, Karl Jüsten, spricht deshalb vom «Eindruck einer Genehmigungspraxis, die sich nicht an die eigenen restriktiven Maßstäbe» halte und die Einhaltung von Menschenrechten in den Empfängerländern oftmals anderen Interessen unterordne. Es sei etwa ein «gefährlicher Trugschluss» zu glauben, dass Rüstungsexporte zur Stabilisierung in Konfliktregionen beitragen könnten. Nach Einschätzung des evangelischen GKKE-Vorsitzenden, Bernhard Felmborg, führen Waffenexporte in vielen Fällen zu einer Eskalation der Gewalt, statt zu mehr Stabilität. Der TV in Trier(04.06.2013) schreibt zum neuen Abkommen für den Rüstungsexport (ATT) in der Artikelüberschrift: „Rüstungsexporteure stehen Gewehr bei Fuß – Neues Waffenhandelsabkommen soll Tragödien wie in Syrien verhindern helfen – Deutschland unterschreibt, macht aber weiterhin gute Geschäfte“. Mancher Kommentator sieht darin eine Art Kompensation für die Zurückhaltung beim Einsatz von

Soldaten. Der Verteidigungsminister spricht von einem Prinzip „Ertüchtigung statt Einmischung“. Damit sind dann auch Ausbildungsaufträge wie beispielsweise in Mali eingeordnet.

Von Interessen

Durch Bündnisse und manche andere Verflechtung ist die Bundesrepublik mit den USA verbunden. Deshalb wird hier zum Verständnis dieses Kontextes eine knappe Analyse über deren Rolle aus dem Buch von Martin Kutz(2006, ehemaliger Mitarbeiter der Führungsakademie der Bundeswehr) „Deutsche Soldaten“ ausgeführt(260ff): „Das politische Zielsystem ist eindeutig auf eine weltweite Dominanz Amerikas festgelegt. Die Administration hat sich vom Multilateralismus verabschiedet und strebt eine Weltordnung nach amerikanischen Interessen und Prinzipien an. Dabei gilt es als selbstverständlich, dass auch anderen Staaten politische Normen vorgegeben werden. Das Kürzel Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel steht für diese Politik. ... Wer die derzeitig angespannte Situation amerikanischer Streitkräfte beobachtet, sieht also ehe die Gefahr der Überdehnung des amerikanischen Machtpotenzials und den damit verbunden neue Destabilisierung des internationalen Systems. Diese mögliche Überdehnung des Potenzials ist der Pferdefuß im gesamten amerikanischen Konzept.“ Bündnisfragen und eigene Ressourceninteressen – vergleiche das Weißbuch der Bundeswehr oder die umstrittene Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Köhler – sorgen dafür, dass die Bundesrepublik mit im Boot ist.

Gleich welche „guten Gründe“ – Schutz der Bevölkerung, Terrorismus usw. - für einen Einsatz benannt werden, immer sind auch die jeweils eigenen Interessen(Macht, Öl oder andere Ressourcen usw.) im Spiel. Interventionen werden dadurch von vorneherein zwielichtig. Gleichzeitig wird im konkreten Vorgehen zuerst auf Durchsetzung des Machtpotentials gesetzt. Andere Fragen werden sekundär.

Es ist eher die Regel, das Handlungen und Entscheidungen mehrere Interessen verfolgen. Zum Problem wird das, wenn diese Vermischung nicht erkannt oder nicht offen gelegt wird. Das wird natürlich noch zugespitzt, wenn wie im Irak-Krieg erfundene Interventionsgründe benannt werden. Afghanistan oder der Irak sind probate Beispiele für Interessensvermischung. Wir müssen uns nur daran erinnern, welchen hohen Stellenwert in den Erklärungen der Bundesregierung zu Afghanistan Themen wie Wiederaufbau, Frauenrechte oder Schulbildung hatten. Selbstverständlich konnte man auch von Terrorismusbekämpfung sprechen. Erst nach Jahren durfte das Wort Krieg für die Kampfhandlungen dort in Verlautbarungen benutzt werden. Das vielzitierte Diktum des Verteidigungsministers Struck, Deutschland werde

am Hindukusch verteidigt, hat den Vorteil - auch wenn man es in der Sache für abwegig hält -, dass die Interessen jenseits von wohlmeinender Hilfe nicht einfach unter den Tisch fallen.

Entscheidend bei einem solchen Interessenkonglomerat scheint mir zu sein, dass reflektiert wird, was den Vorrang hat, ob die unterschiedlichen Ziele sich miteinander verbinden lassen und welche Vorgehensweisen kompatibel sind. Zahlreiche Beispiele in Afghanistan machen deutlich, dass militärische Vorgehensweisen der gesellschaftlichen Entwicklung geschadet haben. Das ist wahrscheinlich sehr oft so, aber auch nicht zwingend, wenn man sich die Berichte über die Vorgehensweisen der niederländischen Soldaten ansieht. Von verschiedensten Organisationen ist die Strategie der Vermischung von militärischen und Entwicklungszielen, wie sie von Minister Niebel noch forciert worden ist, heftig aber für das Regierungshandeln erfolglos kritisiert worden. Einige haben die Konsequenzen gezogen und die Arbeit eingestellt bzw. sie unabhängig weiter verfolgt. Wer glaubt, alles auf einen Streich erledigen zu können, untergräbt sehr wahrscheinlich seine Ziele insgesamt.

Alternativen

Kampfeinsätze werden in der Regel als „ultima ratio“ bezeichnet. Diese letzte Möglichkeit ist wird damit gekennzeichnet als Alternative, die gewählt werden kann, wenn alle anderen versagt haben. Das heißt aber, dass diese auch wahrgenommen werden müssen. Man kann mit guten Gründen wie Serge Halimi daran zweifeln, der in der le monde diplomatique von Februar 2013 schreibt: „Erst wenn es zu spät ist, weil alle besseren Alternativen verworfen wurden, steht man vor der Wahl zwischen einer schlechten und einer noch schlechteren Lösung. Neun Tage nach dem 11. September 2001 drohte US-Präsident Bush: "Entweder ihr seid mit uns oder ihr seid mit den Terroristen!" Es folgten zwei Kriege, erst in Afghanistan, dann im Irak. Das Resultat ist bekannt.“ Das Dilemma für eine Politik, der ein großes Bedrohungspotential – siehe USA, Nato – zur Verfügung steht, erweist sich darin, dass die Probleme und Konflikte im Bewusstsein der eigenen Macht sehr häufig zu sorglos oder zu spät angegangen werden. Folgerichtig landet man bei Alternativen wie in Syrien: Lässt man den Diktator gewähren oder unterstützt man den Kampf der Aufständischen, eben beides schlecht.

Der amerikanische Veteran des Irak-Krieges Kevin Powers sagte anlässlich der Vorstellung seines Buches „Die Sonne war der ganze Himmel“ in Berlin: „wissen Sie, im letzten Jahr sind erstmals mehr amerikanische Soldaten durch Selbstmord umgekommen als durch Kämpfe in Afghanistan oder im Irak. Wenn ich etwas erreichen will mit diesem Buch, dann, dass unsere Gesellschaft sich klarmacht, was sie von uns verlangt, wenn sie Soldaten in solche Kriege schickt.“

Was steht auf der Tagesordnung

Fangen wir bei dem letzten an. Es ist eindeutig, dass Krieg zahlreichen Menschen den Tod bringt – in der Regel mehr unter der Zivilbevölkerung als unter den Kämpfenden -, dass er Traumata unter den Opfern und den Kämpfenden hinterlässt, dass er Länder, Kulturen und Lebensgrundlagen zerstört. Nur selten hilft er den Kriegsparteien ihre angestrebten Ziele zu erreichen. Jedenfalls muss die Frage beantwortet werden, ob es hinreichende Gründe gibt, damit eine Regierung einen Kampfeinsatz beschließen darf. Wenn man solche Gründe – z.B. Verteidigung, Schutz – anerkennt, dann tun sich zwei Fallen auf. Wer Krieg führen will, wird die Fakten für die „anerkannten Gründe“ passend machen. Und wenn man lange genug wartet, wird die Lage so ausweglos, dass es anscheinend keine Wahl mehr gibt. (Vgl. Halami oben)

Alle Sicherheitsdoktrinen gehen davon aus, dass die Sicherheit eines Landes, einer Bevölkerung nur durch physische Macht, das heißt Waffengewalt zu sichern ist. Aus dieser Option folgt zwangsläufig, dass man ständig in Militär und Rüstung investieren muss. Die Spirale an technischer Entwicklung, an Zerstörungskapazität (vgl. die Atombombenkapazitäten im kalten Krieg) und Präzision (z.B. Drohnen), an strategischen Fortentwicklungen hat prinzipiell keine Begrenzung. Wer zu wenig hat, läuft in Gefahr ausmanövriert zu werden. Besonders in Konfliktsituationen muss man gewappnet sein. „Gewaltlose“ Verfahrensweisen werden deshalb als nur begrenzt tauglich angesehen. Ihre Erfolge werden nicht ernst genommen. „Schon jetzt zeigen Studien, dass gewaltfreier Widerstand erfolgreicher ist als ein Vorgehen mit Waffengewalt. Adrian Karatnycky und Peter Ackermann gelangten 2005 zu dem Ergebnis, dass in 50 von 67 Fällen des Übergangs von autoritären zu demokratischen Staatsformen nicht Gewalt, sondern ziviler Widerstand der entscheidende Faktor für den erfolgreichen Wechsel war. Maria Stephan und Erica Chenoweth kamen 2008 in ihrer Untersuchung von 323 Aufständen zu dem Ergebnis, dass gewaltfreie Aufstände doppelt so oft Erfolg hatten wie gewaltsame.“

Umgekehrt ist das Vertrauen auf die Herstellung von Frieden durch ein Anheizen von Rüstungsspiralen weitgehend eine Illusion. Schon jetzt ist zu erkennen, dass Drohnen auf der Beschaffungsagenda stehen – für den Inspekteur der Luftwaffe sind sie „strategisch-taktisch unverzichtbar“ -, obwohl weder ethische noch völkerrechtliche Fragen auch nur annähernd diskutiert sind. Kampfdrohnen sind für den Militärsoziologen Detlef Buch (im Deutschlandradio) „die logische Konsequenz aus den vielen konzeptionellen Vorgaben und Papieren, die in und um die Bundeswehr in den letzten 20 Jahren verfasst wurden. Die Bundeswehr

soll eine moderne Einsatzarmee werden, die am Hindukusch und überall auf der Welt kämpfen kann. Das ist die Realität im Jahr 2013! Der „militärisch-industrielle Komplex“ marschiert ungebremst voran.

Die entscheidende Frage wird sein, was eine Gesellschaft mitsamt ihrer politischen Klasse nach den Kriegen und militärischen Abenteuern eigentlich lernen will. Hält sie die militärische Option in Hinblick auf ihre Sicherheit für entscheidend, wird sie zwar einzelne Fehler vor Augen haben, aber die entscheidende Frage, ob das ganze Konzept stimmt, wird nicht gestellt. Im Gegenteil, man fordert von der Bundesrepublik ein Vorgehen in der Sicherheitspolitik, in der Nato. Wer sich allerdings der Erkenntnis des 2. Weltkrieges – eine Erkenntnis, die auch alle neueren Kriege bestätigen – verpflichtet fühlt, wird sowohl Begründungen also auch Folgen ungeschminkt betrachten und sich sehr wohl vor Augen führen, was in Auseinandersetzungen mit Waffen angerichtet wird. Ich wiederhole, was ich schon früher in einem Rundbrief gefordert habe. Vor der Entscheidung für einen militärischen Einsatz muss es eine Pflichtlektüre für die Entscheidungsträger - das wäre auch für die Verfasser von Leitartikeln zu fordern – geben, die Schicksale von Siegern und Besiegten enthält, die der Opfer und Zerstörungen gedenkt. Die „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“ kann nur erweitert werden. Stoppt schon die Gedanken zu den gängigen Sicherheitskonzepten!

Albert Hohmann

Wahlprüfsteine 2013 – pax christi Trier und AGF

Die nachfolgenden Wahlprüfsteine – unter Berücksichtigung von Fragen anderer Friedensorganisationen und Aktionsbündnissen - den Kandidaten der Parteien für den Bundestag vorgelegt und auf einer Podiumsdiskussion am 21. August öffentlich diskutiert. Der obige Artikel kann auch als ergänzende Einführung zu den Fragen gelesen werden.

1. Laut Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung und laut SIPRI steht Deutschland an dritter Stelle der Rüstungsexporteure weltweit und ist Europameister im Waffenhandel. Es hat sein Exportvolumen sogar gesteigert, zum Beispiel sind die Einzelausfuhrgenehmigungen vom Jahr 2010 auf 2011 von 4,754 auf 5,414 Milliarden Euro gestiegen. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

Wie stehen Sie zu der Forderung den Artikel 26, Abs. 2 zu präzisieren und einzufügen: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter

werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“?

Welche anderen Vorschläge schweben Ihnen vor, um den weltweiten Handel von Waffen und Rüstungsgütern zu unterbinden?

2. 2010 erging ein Bundestagsbeschluss zum „**Abzug der Atomwaffen** aus Deutschland im Konsens mit den NATO-Verbündeten“. Diesen Konsens gibt es nicht, sondern es werden die Weichen für eine Atomwaffen-Modernisierung gestellt. Ein Abzug der letzten Atomwaffen in Deutschland vom Fliegerhorst Büchel ist damit in weite Ferne gerückt.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die letzten verbliebenen Nuklearsprengköpfe aus Deutschland abgezogen werden?

Unterstützen Sie globale Initiativen für eine nuklear-waffenfreie Welt(Global Zero) und die Forderung an die NATO, dass die Strategie, die den Besitz und die Drohung des Einsatzes von Nuklearwaffen beinhaltet, abgeschafft wird?

3. Krieg ist seit der Gründung der Vereinten Nationen völkerrechtlich geächtet und verboten. Die Sicherheitskonzepte der Bundesrepublik(vgl. Weißbücher) und seiner Verbündeten in der NATO fordern zum Schutz der eigenen Interessen die weltweite Einsatzfähigkeit der Streitkräfte. In dieser Konsequenz beschließen sie immer neu entsprechende Einsätze wie Afghanistan, Irak, Horn von Afrika, Libyen, Mali. In konkreten Situationen werden in der Öffentlichkeit fast immer eigene Interessen verschwiegen und humanitäre Gründe herausgestellt.

Wie wollen Sie gegenwärtige Einsätze der Bundeswehr beenden und künftige vermeiden?

Welche Lehren müssen aus den kontraproduktiven Kampfeinsätzen gezogen werden und welche Folgerungen ziehen Sie daraus für die Entwicklung der NATO?

4. Drohnen: Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen wird angestrebt. Einerseits wird damit eine weitere Stufe der Aufrüstungspirale vollzogen andererseits wird ein Instrument forciert, dessen ethische und völkerrechtliche Konsequenzen äußerst kritisch anzusehen sind. Pax Christi International glaubt, dass dadurch die Schwelle zur Benutzung heftiger Gewalt zur Lösung komplexer Konflikte niedriger wird. Besonders stellen wir uns gegen die Benutzung tödlicher Drohnen für gezielte Tötungen auf einem möglichen Schlachtfeld ohne Grenzen.

Treten Sie dafür ein, dass die Bundeswehr jetzt und in Zukunft auf Anschaffung und Einsatz von bewaffneten Drohnen verzichtet und dass von Deutschland keine Drohneneinsätze erfolgen dürfen?

Welche ethischen und rechtlichen Maßstäbe legen Sie bei der Bewertung der Anschaffungsoption der Bundeswehr an und welche politischen Klärungsprozesse halten Sie für notwendig?

5. Umgang mit Asylbewerbern aus Kriegs- und Krisengebieten: Die politische Wirklichkeit muss sich immer wieder an Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ messen lassen. Diese Würde ist jedem hier lebenden Menschen zugesprochen, nicht nur deutschen Staatsbürgern/innen. Die Art und Weise, wie Flüchtlinge in unserem Land aufgenommen und behandelt werden ist ein Gradmesser der Humanität der Politik in unserem Land.

Wie ist Ihre Haltung zu dem aktuellen Asylrecht und der Forderung nach einem Bleiberecht für Flüchtlinge?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Asylrecht humaner zu gestalten und für welche konkreten Lösungen werden Sie sich einsetzen?

6. Deutschland stellt im Vergleich zu den Mitteln für Militär und Sicherheitsdienste nur geringe Ressourcen für bereits vorhandene Instrumente und Programme ziviler Krisenprävention zur Verfügung. **Zivile Konfliktbearbeitung** wird nicht als vorrangig und gewaltlose Formen der Konfliktaustragung werden nicht als ernsthafte Alternative betrachtet.

Was wollen Sie tun, um die zivile Konfliktbearbeitung der militärischen wenigstens gleichzustellen?

Welche Instrumente und Strukturen zivilen Handels in Konfliktsituationen müssen nach Ihrer Meinung erweitert oder geschaffen werden?

7. Bundeswehr an den Schulen: Eine schleichende Militarisierung hat unsere Gesellschaft erfasst: Arbeitsagenturen raten zum Arbeitsplatz Bundeswehr und in Schulen darf für die Bundeswehr geworben werden. Darin sehen wir eine unkritische Ausbreitung des Militärischen.

Treten Sie für die Kündigung der bestehenden Kooperationsverträge zwischen den jeweiligen Kultusministerien und der Bundeswehr ein?

Welche Form der „Friedensbildung“ in den Schulen halten sie für sinnvoll?

Für kritische Distanz von Kirche und Militär

Die Pax Christi-Basisgruppe Koblenz wendet sich gegen die Demonstration der Nähe zwischen Kirche und Militär, wie sie in ‚Militärgottesdiensten‘ zum Ausdruck kommt. Solche Events stehen in einem Zusammenhang, in dem die Bundeswehr nach gesellschaftlicher Anerkennung sucht – nicht zuletzt im Blick auf die Werbung junger Menschen für Kriegseinsätze. Wir befürchten zudem, dass durch die enge Verknüpfung von Kirche und Militär die biblische Friedensbotschaft mit politischen Interessen kurzgeschlossen wird. Dann aber wird Frieden gepredigt und Krieg gesegnet. Dagegen melden wir unseren Widerspruch an.

Die Bundeswehr dient nicht einfach dem Frieden.

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Umorientierung der Bundeswehr von einer Armee im Dienst der Landesverteidigung zu einer Interventionsarmee durchgesetzt, die auf Kriegsfähigkeit ausgerichtet ist und sich aktiv an Kriegen beteiligt. Zu diesem Zweck scheuten sich Politiker nicht, auf eine Propaganda zurückzugreifen, die Recherchen von Journalisten später als Lüge entlarvten. Die Berufung auf die Menschenrechte ist ebenso unglaubwürdig wie die Rede von sog. ‚humanitären Interventionen‘. Als erster Politiker hat der ehemalige Bundespräsident Köhler die Wahrheit ausgesprochen, als er die Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan mit wirtschaftlichen Interessen in Verbindung brachte. Nachdem das Tabu einmal gebrochen war, konnte der ehemalige Verteidigungsminister von Guttenberg „offen, ohne Verklemmung“ aussprechen, worum es geht: „Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und geostrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“ Entsprechend müsse die „deutsche Wirtschaft weltweit militärisch betreut werden“.

Die von ehemaligem Bundespräsidenten und Verteidigungsminister ausgesprochenen Zielsetzungen haben bereits ihren Niederschlag in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr ebenso wie in dem neuen strategischen Konzept der Nato gefunden. Unter dem Titel „Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung“ werden hier alle möglichen Bedrohungen aufgelistet: Piraterie, Cyberkriminalität, Terrorismus, Klimawandel, Drogenschmuggel, Umweltkatastrophen, Flüchtlingsströme, Abschmelzen der Polarkappen, Waffenschmuggel, Lebensmittel- und Wasserknappheit. Die scheinbar willkürlich zusammengestellte Bedrohungsliste ergibt einen ‚roten Faden‘, wenn wir die Bedrohungen

als Ausdruck der mit dem Kapitalismus verbundenen Krisendynamik verstehen.

Militärische Interventionen stehen dann auf der politischen Tagesordnung, wenn Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Strukturen bedrohen, also wenn Zugänge zu Rohstoffen und Transportwege nicht mehr sicher sind, wenn durch den Zusammenbruch von Staaten politische Instabilitäten oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen. Worum es letztlich geht, ist eine Art militärischer Sicherheitsimperialismus. Gesichert werden sollen funktionierende Zentren und Wohlstandsinseln, d.h. Standorte und deren sicherer Zugriff auf Rohstoffe und Infrastruktur.

Die Menschenrechte tauchen in diesem Zusammenhang meist nur dann auf, wenn sie zur Legitimation von Kriegen nützlich erscheinen. In der Realität (z.B. Irak, Afghanistan, Libyen) erleben wir ein immer ähnliches Muster: Diktaturen werden hofiert und hochgerüstet, solange sie für die westlichen Interessen nützlich erscheinen. Zum menschenrechtlichen Problem werden sie, wenn sich die Interessenlage ändert.

Suche nach Akzeptanz und Stärkung von Heroismus

Offensiv sucht die Bundeswehr in der Öffentlichkeit nach Akzeptanz für ihre Kriege. Vom Eindringen in das Schul- und Bildungswesen über Werbekampagnen zur Rekrutierung von Soldaten bis hin zu Öffentlichen Vereidigungen, Gedenkritualen, Zapfenstreichen und Auftritten in Kirchen reicht die Palette der Maßnahmen. Eine wesentliche Zielsetzung dabei hat der Politologe Herfried Münkler formuliert. Nach ihm geht es darum, Heroismus zu stärken. Dies müsse offensiv geschehen, da die marktwirtschaftliche Orientierung auf Leistung und Gegenleistung, Kosten-Nutzen-Kalkulation etc. zivilgesellschaftlich notwendige heroische Tugenden wie die Bereitschaft, sein Leben einzusetzen, konterkarierten. Diesem Zweck dienen – so Münkler – Inszenierungen eines leeren Transzendenzbezuges, einer Überhöhung ohne Gott.

In den Dienst einer problematischen ‚Überhöhung mit Gott‘ stellt sich Militärgeneralvikar Wakenhut, wenn er in einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten davon spricht, die Gefallenen seien im „Einsatz für eine einzige Menschheitsfamilie“ gefallen, sich dabei auf den Sendungsauftrag am Ende des Matthäusevangeliums beruft und als Fazit formuliert: Die Soldaten „haben dafür ihr Leben geopfert. Und es gibt keine größere Liebe als die – sagt Jesus – wenn einer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

In der biblischen Friedensbotschaft sehen wir eine kritische Distanz zum wirtschaftlichen und politischen Auftrag der Bundeswehr markiert. Wir erinnern nur daran, dass die neutestamentliche Friedensbotschaft im Konflikt mit der römischen Militärherrschaft und ihrer Legitimation als ‚Pax romana‘ steht. Vor diesem Hintergrund sagt Jesus: „Meinen Frieden gebe ich euch; nicht einen Frieden, wie die Welt(ordnung) ihn gibt.“ (Joh 14,27)

Seelsorge für Soldaten in kirchlicher ‚Eigenverantwortung‘ - statt Militäraseelsorge

Da es der Kirche im Rahmen der Militäraseelsorge offensichtlich nicht gelingt, eine angemessene Distanz zum Militär zu halten, treten wir das Ende des Konzepts der Militäraseelsorge ein. Distanzlos wird sie als kleines Rad in der großen Militärmaschinerie zum Ausdruck des Bündnisses von Kirche und Altar. Das Ende der bisherigen Militäraseelsorge wäre keineswegs das Ende der kirchlichen Sorge um Menschen, die glauben, es verantworten zu können, in den Dienst der Bundeswehr zu treten. Die kirchliche Sorge um Soldaten darf jedoch kein dem Verteidigungsministerium untergeordneter Bereich sein. Im Gegenteil, erst die Entflechtung von Militär und Kirche würde der Kirche eine Seelsorge ermöglichen, die ausschließlich in eigener Verantwortung geschieht. Erst eine vom Militär unabhängige Seelsorge, kann den Soldaten, nicht zuletzt angesichts von Traumatisierungen durch Militäreinsätze, dienen.

Kontaktadressen

Diözesansprecherin: vakant

Diözesansprecher und Gruppe Koblenz: Egbert Wisser, Bachweg 29c, 56072 Koblenz, Tel. 0261/21355

Geistlicher Beirat: Horst Peter Rauguth, Kalkofenstr.46a; 66125 Saarbrücken, Tel. 0681/947190-14

Geschäftsführer: Rudi Kemmer, Danziger Str. 48, 54516 Wittlich Tel. 06571/3310

Weitere Vorstandsmitglieder:

Gruppe Saar: Waltraud Andruet, Beim Kalkofen 8, 66793 Saarwellingen, Tel. 06838/82220

Gruppe Trier: Werner Schwarz, Auf der Träf 7, 54317 Korlingen, Tel. 06588/7760

Gruppe Wittlich: Joachim Willmann, Belinger Str. 39, 54516 Wittlich-Wengenrohr, Tel. 06571/3954

Gruppe Studenten: Michael Koob, Treverispassage 15, 54290 Trier, 0651/9927234

Öffentlichkeitsarbeit: Albert Hohmann, Am Meulenwald 34, 54343 Föhren, Tel.06502/6729

Redebeitrag Ostern 2013 in Büchel von Hayato Fujii

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin heute aus Düsseldorf hierhergekommen, um Ihnen meinen Respekt und meine Solidarität für Ihre Anti-Atomkraft-Aktivitäten zu bekunden. Mein Name ist Hayato Fujii. Ich habe mich in der Vergangenheit weder für Atombomben noch für Atomkraftwerke wirklich interessiert. Aber der 11. März 2011 hat mich wachgerüttelt.

Mir wurde klar, welche große Gefahr von der Atomkraft ausgeht und dass es sich dabei um eine Technik handelt, die der Mensch nicht kontrollieren kann, und daher auch nie hätte anwenden sollen.

Im Juli vergangenen Jahres habe ich deshalb mit einigen Mitstreitern in Düsseldorf eine Anti-AKW-Gruppe gegründet, die hauptsächlich aus Japanern besteht, und die sich in Form von Demonstrationen sowie Vorträgen gegen Atomkraftwerke ausspricht. Wir fordern mit Ihnen eine weltweite Abschaffung von AKWs und Nuklearwaffen, und zwar SOFORT!

Als Japaner, als Teil des Volkes, das die Katastrophe von Fukushima verursacht hat, möchte ich heute mit Ihnen darüber sprechen, warum gerade das Volk, das als einziges auf dieser Erde mit Hiroshima und Nagasaki bereits zweimal Opfer einer Atombombe wurde, überhaupt solche gefährlichen AKWs akzeptieren konnte. Das fragen sich sicherlich viele von Ihnen.

Einer der Gründe könnte sein, dass die Folgen des Atombombenabwurfs von der US-Regierung als Besatzungsmacht strengstens geheim gehalten wurden. Anfang 1946 wurde allen Personen wie Ärzten, Krankenschwestern, Hebammen oder Patienten, unter Strafandrohung strengstens untersagt, jegliche Kenntnisse über die Folgen der Atombombe, die sie durch Sehen, Hörensagen oder gar am eigenen Leib erfahren hatten, zu erzählen, zu schreiben, zu malen oder zu fotografieren. Ärzte wurden angehalten, keine Patienteninformationen in die offiziellen Krankenakten zu notieren.

1947 bzw. 1948 wurden jeweils in Hiroshima und Nagasaki die Standorte der US-amerikanischen Kommissionen zur Untersuchung der Atombombenopfer (Atomic Bomb Casualty Commission - ABCC) eingerichtet. Diese Kommissionen riefen zwar die Opfer zusammen, behandelten sie aber nicht, sondern führten lediglich Untersuchungen und Tests an ihnen durch. Die Verstorbenen wurden komplett obduziert, ihre inneren Organe zur Strahlenforschung in die USA geschickt.

So wurde zum Beispiel ein Strahlenopfer mit Lebererkrankung, das bereits bei seinem Hausarzt in Behandlung war, beharrlich von der ABCC zur Untersuchung vorgeladen. Als der Patient endlich der Aufforderung folgte, wurde ihm allerdings nur eine größere Menge Blut entnommen, aber keine Behandlung zuteil. Als er daraufhin zögerte, zum nächsten angeordneten Termin zu erscheinen, wurde ihm ein Jeep zur Abholung geschickt. Von der hartnäckigen Verfolgung seitens der ABCC verängstigt, floh er aus

Hiroshima und tauchte unter.

Die japanische Wissenschaft war gar nicht oder nur eingeschränkt befugt, selbst Untersuchungen vorzunehmen geschweige denn Forschung zu betreiben, so dass die klinischen Ärzte an der Basis keinerlei Informationen über Strahlenschäden erreichten.

Das erklärt, dass in Japan die Erfahrungen aus Hiroshima und Nagasaki nicht genutzt wurden – weil das Wissen über Atombomben bzw. Strahlenschädigungen nicht vorhanden war. Ärzte und Allgemeinheit wurden über Strahlenschäden, insbesondere über die Gefahr der inneren Verstrahlung, deren Symptome und Ursachen in Unkenntnis belassen. Wenn die ABCC der notwendigen Versorgung der Opfer nachgekommen wäre, wäre der Standard der japanischen Strahlenopfermedizin heute ein anderer, und auch die globale Haltung gegenüber Nuklearenergie wäre sicherlich eine andere.

In den zwölf Jahren nach 1945 wurde nichts für die Strahlenopfer unternommen. Erst 1957 erließ die japanische Regierung ein Gesetz zum Schutz von Atombombenopfern, doch zahlreiche Opfer wurden trotzdem sich selbst überlassen.

Die Situation, die zurzeit in den Gebieten Ost-Japans herrscht, ist vergleichbar. Viele Menschen müssen weiter mit ihren Kindern in ihren Dörfern und Städten wohnen bleiben, obwohl dort eine ebenso hohe Strahlungskonzentration gemessen wird wie in den Sperrbezirken.

Die traurige Wahrheit in Japan scheint zu sein, dass die Wirtschaft immer einen viel höheren Stellenwert hat als Leben und Gesundheit des Volkes. Man muss wissen, dass die Atomkraft in Japan ein sehr bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, sowohl für den Binnenmarkt als auch als Exportprodukt.

Ein weiteres Problem sind Vorurteile und Diskriminierung gegenüber den Strahlenopfern, bedingt durch Unwissenheit und Informationsmangel. Die sogenannten „Hibakusha“, Strahlenopfer der Atombomben und deren Angehörige mussten oft gegen Benachteiligungen in wichtigen Stationen ihres Lebens kämpfen wie Heirat, Schul- oder Hochschulabschluss und Berufsbeginn. Es gibt zahlreiche Menschen, die ihre eigene Erfahrung als „Hibakusha“ oder die der Angehörigen unter allen Umständen verheimlichen mussten. Auch dadurch konnte die Wahrheit über die fatalen Folgen der Atombombe nicht ans Licht kommen.

Ähnliche Diskriminierung findet man auch nach der Fukushima-Katastrophe. Beispielsweise verbieten Eltern ihren Kindern, mit Kindern zu verkehren, die aus den Katastrophengebieten von Fukushima kommen. Es kommt auch vor, dass auf einem Supermarktparkplatz neben einem PKW mit Fukushima-Kennzeichen beide benachbarten Parkplätze unbesetzt bleiben.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Im vergangenen Juli startete auch in Japan eine Einspeisevergütung für erneuerbare Energien zum Festpreis. Während der fünf Monate bis November gab es allein 190.000 Neubestellungen für Solaranlagen mit insgesamt 3.260.000kW, was etwa einer

Steigerung um die Energieeffizienz von drei AKWs entspricht. Noch ist die Solarenergie weit mehr verbreitet als Windkraft, aber auch diese gibt Anlass zu Hoffnung. Ich bin davon überzeugt, dass erneuerbare Energien innerhalb weniger Jahre mindestens 20 Prozent der gesamten Energiegewinnung ausmachen könnten, wenn Japan beginnen würde, sich ernsthaft damit zu befassen.

Ich spreche heute aber auch deshalb zu Ihnen, weil es mir wichtig ist zu betonen, wie notwendig es ist, dass das Ausland seine Stimme erhebt. Nach dem 11. März 2011 hat Japan versucht, so wenig Information wie möglich über den AKW-GAU zu veröffentlichen. Viele, auch viele deutsche Journalisten gehen bis heute gesundheitliche Risiken ein, um vor Ort zu recherchieren, Verantwortliche der Regierung bzw. von TEPCO zu interviewen, um die Tatsachen ans Licht zu bringen. So sind bisher zahlreiche ausländische TV-Dokumentationen entstanden. Diese werden innerhalb kürzester Zeit - mit japanischen Untertiteln versehen - über das Internet hochgeladen und stellen für interessierte Japaner eine wichtige Informationsquelle dar.

Wie Sie vielleicht wissen, plant die Ende vergangenen Jahres eingeführte japanische Regierung eine 180°- Abkehr vom Atomausstieg. Sie will alle zurzeit angehaltenen AKWs nach und nach wieder in Betrieb nehmen, „wenn“, so heißt es, „die Sicherheit festgestellt wird“. Aber wie kann überhaupt die Sicherheit eines AKWs festgestellt werden? Ferner will die Regierung neue AKWs bauen und ihre Nukleartechnik ins Ausland exportieren – eine höchst gefährliche Technik, die die japanische Regierung SELBST weder beherrscht noch unter Kontrolle hat.

Es ist sehr wichtig für Japan, dass wir hier im Ausland nicht schweigen, sondern weiterhin unsere Stimmen erheben. Ich danke Ihnen daher sehr für Ihre Unterstützung – bitte wenden Sie auch weiterhin Ihren Blick nicht von Japan ab. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Redebeitrag in Büchel von Richard Pestemer

Liebe Freundinnen und Freunde, nach dem Redebeitrag von unserem japanischen Mitstreiter Hayato Fujii ist klar: Es gibt keine gute, keine segensreiche Nutzung von Atomkraft.

Erst war die Atombombe da, dann die Atomkraftnutzung. Es sind bloß zwei Seiten derselben Medaille! Und wie ihr alle wisst steigen die Spannungen in Ostasien, In Nord- und Südkorea, in den USA wird derzeit täglich und heftig mit dem atomaren Säbel gerasselt.

Doch auf einer aktuellen Internetwebsite mit dem Titel „Atomwaffen A-Z“ wird ernüchternd festgestellt:

„Es bedrohen uns immer noch mehr als 19.000 Atomwaffen. Das ist genug, um die Welt wiederholt zu zerstören. ... Die Bedrohung durch einen Atomkrieg ist trotz zahlreicher Abkommen und Bemühungen noch lange nicht überwunden sie wächst sogar!“

Ja, genau dies wird erschreckend aktuell in Ostasien in aller Deutlichkeit sichtbar. Ja die Gefahr eines Atomkrieges wächst in Ostasien für alle weltweit beängstigend an.

Das ist allerdings keine neue Situation. Denn schon 1964 konstatierte der Existenzial-Philosoph Karl Jaspers, der von 1883 bis 1969 lebte: „Die Atombombe steht über allem. Für eine kurze Weile verhindert sie noch den großen Krieg, der doch man weiß nicht wann, seinen totalen Zerstörungsprozess beginnen wird, wenn Menschen so bleiben, wie sie sind.“

Und die heutige Situation in Fernost unterscheidet sich keineswegs von der im Jahre 1964 als Jaspers feststellte „Der Augenblick heute steht auf des Messers Schneide. Wir haben zu wählen: entweder in den Abgrund zu stürzen der Verlorenheit des Menschen und seiner Welt als Folge des Aufhörens seines Daseins überhaupt- oder den Sprung zu tun durch Selbstverwandlung zum eigentlichen Menschen und seinen unabsehbaren Chancen.“ Wie aber kann konkret und aktiv der Sprung aus dem Atomzeitalter heraus – Weg von den Atomwaffen aber auch weg von den Atomkraftwerken vollzogen werden? 1966 zeigte Jaspers auf, wie das geschehen kann: „Wenn das Volk nicht Krieg führen will, - in dieser Situation unserer Zeit – muss es das Recht und die Möglichkeit haben, zu revoltieren: durch Streiks, durch Gehorsamsverweigerung, - spontaner Zuruf an die Ordnungskräfte: Ihr da drüben in Euren Uniformen, Ihr Soldaten und Polizisten: kommt rüber zu uns, weigert Euch weiterhin das Teufelszeug, die Atomsprengköpfe zu bewachen! - durch den Widerstand gegen alle Mächte, die doch nicht helfen, sondern Freiheit und Leben zugleich nehmen.

Vielleicht will das Volk lieber überleben und sich unterwerfen, vielleicht mit Folgen, die gleicher Art sind, wie das, wogegen es sich gewehrt hat. Aber das Volk will die Chance der Rettung. Diese ... liegt in der Politik einer Regierung, die keinen fremden Staat bedroht, und die so handelt, dass kein fremder Staat sich bedroht fühlen muss, und nachher in der Chance der gemeinsamen Gehorsamsverweigerung der aufeinandergehetzten Soldaten und Völker.“

Zum Schluss möchte ich noch mit Jaspers wie schon 1967 feststellen lassen: „Der Friede hat Vorrang: In der Weltsituation heute hat den Vorrang alles, was dem Frieden dient. Denn anders als jemals vorher ist ein Weltkrieg (so wie er heute in Ostasien ausbrechen könnte!) der Untergang der Menschheit. Der Sinn des Krieges ist derart verändert, dass es für jeden einsichtigen Menschen klar ist, dass es keinen Krieg mehr geben darf“

Diese Darstellungen des prophetischen Existenzial-Philosophen Karl Jaspers wollte ich Euch ein wenig näher bringen, in einer höchst beängstigenden und brisanten Weltsituation. Nicht mehr und nicht weniger!

Alle Atomkraftwerke weltweit abschalten, Alle Atomwaffen verschrotten – und zwar JETZT!!!

Ostermarschrede von Clemens Ronnefeldt in Saarbrücken am 30.3.2013

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

für die Einladung nach Saarbrücken danke ich Euch als Veranstalter des diesjährigen Ostermarsches Saar 2013 ganz herzlich.

"Frieden ist nicht zu KRIEGen" - Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr - Ramstein schließen", so lautet das Motto unseres diesjährigen Ostermarsches.

Seit einigen Jahren beobachte ich eine stetige und beängstigend anwachsende Militarisierung der Gesellschaft, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst.

23.000 neue Rekruten braucht die Bundeswehr jährlich - und mit einem gewaltigen Werbeaufwand, der in den letzten Jahren vervielfacht wurde, werben Jugendoffiziere bereits Minderjährige in Schulen an. Damit verstößt die Bundeswehr gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Die Entscheidung über die Einladung von Soldaten in den Unterricht liegt allein bei der Schule. Doch Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrende müssen eine solche Einladung nicht hinnehmen. In Schülerversammlungen, Eltern- und Lehrerkonferenzen können sie sich dagegen wehren.

Eltern können für ihre Kinder Ersatzunterricht beantragen, wenn Bundeswehrsoldaten in die Klasse kommen. Außerdem gibt es vor allem auf lokaler Ebene immer mehr Initiativen gegen die Bundeswehr-Werbeoffensive. Auch terre des hommes und andere Organisationen wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordern den Stopp jeder Art von militärischer Werbung und Rekrutierung bei Minderjährigen. Die Bundeswehr hat gemeinsam mit dem Jugendmedium "Bravo" bei Kindern und Jugendlichen um Nachwuchs geworben. Motto: »Action, Abenteuer und jede Menge Fun«. terre des hommes hat dagegen protestiert, dank der Hilfe vieler Unterstützer hatte die Aktion eine breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Ergebnis: Nach einem Gespräch nahm "Bravo" den verharmlosenden Werbefilm aus dem Netz.

Mehr als 100 lokale Friedensgruppen und Organisationen beteiligten sich bundesweit in vielen Städten und Gemeinden an der Aktion "Schulfrei für die Bundeswehr".

Hochschulen wehren sich gegen Kooperationsverträge für Rüstungsforschungen, die ihnen schmackhaft gemacht werden. Ich fordere alle Studierenden und Lehrkräfte auf, sich jeglicher Forschungsaufträge aus

dem Verteidigungsministerium oder der Rüstungswirtschaft zu widersetzen!

Mehrere hundert Psychotherapeutinnen und Therapeuten schrieben an das Verteidigungsministerium, nachdem sie aufgefordert worden waren, traumatisierte Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan bevorzugt zu behandeln und Wartelisten ziviler Patienten zu überspringen - aber nur, wenn die Behandelnden eine positive Grundeinstellung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr hätten.

In ihrem Antwortbrief machten diese Psychotherapeutinnen und Therapeuten sehr deutlich, dass sie jedem Menschen bereit sind zu helfen, der Hilfe benötigt - dies aber unabhängig von ihrer politischen Gesinnung - und dass sie Traumatisierte nicht wieder gesund machen, damit sie erneut dorthin geschickt werden können, wo die seelischen Wunden verursacht wurden.

Nicht nur am Hindukusch, sondern sogar in Mali wird die deutsche Freiheit verteidigt. Als "Mut-Bürger in Uniform" seien die Bundeswehrsoldaten ein "Friedensmotor für das große Wir", sagte der Bundespräsident.

Im Oktober 2012 verkündete Angela Merkel in Strausberg vor Soldaten der Bundeswehr, deutsche Rüstungsexporte seien ein Instrument der Friedenssicherung: "Deutschland ist aufgerufen, vertrauenswürdigen Partnern zu helfen, damit sie entsprechende Aufgaben übernehmen." Ob sie damit auch die repressiven Regime in Saudi-Arabien, Katar oder Indonesien gemeint hat, die demnächst Waffenexporte aus Deutschland erwarten?

Kurz vor der Revolution in Ägypten 2011 lieferte Deutschland noch Wasserwerfer an das Regime Mubarak, die dann gegen die friedlich Demonstrierenden auf dem Tahrirplatz eingesetzt wurden. Ist die Bundesregierung bereit, aus solchen Fehlentscheidungen im Hinblick auf Panzerlieferungen an Saudi-Arabien oder U-Boot-Lieferungen an Israel zu lernen?

Thomas de Maiziere hat die Bundeswehr zwar verkleinert, ihr Einsatzgebiet aber vergrößert und wünscht sich bewaffnete Drohnen zur Tötung von Gegnern deutscher Soldaten im Ausland. "Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten", sagte der Minister - und zog diese Aussage erst zurück, als er nach dem Ethikgehalt von Streuwaffen und Landminen gefragt wurde.

Was Kanzlerin, Bundespräsident und Verteidigungsminister in den letzten Monaten an Aussagen geliefert haben, ist ein Paradigmenwechsel der deutschen Außenpolitik von großer Tragweite: Diese Militarisierung der Gesellschaft gilt es anzuprangern - und die Rückkehr zu einer Zivilgesellschaft Deutschland einzuleiten. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen ist für die Beendigung des

Bundeswehreinsatzes in Afghanistan - leider aber auch eine deutliche Mehrheit der Volksvertreter, die das Volk schon länger nicht mehr vertreten, für immer neue Mandatsverlängerungen.

Im August 2012 verabschiedete das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen weitreichenden Beschluss zum Einsatz der Bundeswehr im Inland. Lediglich einer der Richter, Professor Reinhard Gaier, widersetzte sich, stimmte einer der drei vorgelegten Fragen nicht zu und gab ein Minderheiten-Votum zu Protokoll.

Mit Blick auf die verhängnisvolle deutsche Geschichte der letzten hundert Jahre wurden im Grundgesetz Polizei und Militär strikt getrennt - die Bundeswehr hatte, so die Väter des Grundgesetzes, nichts im Inneren zu suchen. Ich halte diesen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes für einen Katastrophenbeschluss, der so schnell wie möglich revidiert gehört, bevor er die Grundlagen unserer Demokratie erschüttert oder gar zerstört.

Zur aktuellen politischen Großwetterlage gehört auch die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union.

Angesichts mehrerer tausend toter Flüchtlinge an den Grenzen Europas, der Tatsache, dass die EU-Länder zu den größten Rüstungsexporturen der Welt zählen - und vor dem Hintergrund der jüngsten Unterstützung zahlreicher europäischer Staaten bei der Militärintervention Frankreichs in Nordafrika, erscheint mir die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU als skandalöse Fehlentscheidung. Die EU mag - abgesehen von den Jugoslawienkriegen - nach innen bewaffnete zwischenstaatliche Auseinandersetzungen vermieden haben. Durch ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik aber hat sie die Konflikte nach außen getragen - und auf anderen Kontinenten sind dieser EU-Politik in den letzten Jahren unzählige Menschen zum Opfer gefallen.

Liebe Freundinnen und Freunde, vielleicht fragt ihr euch auch manchmal: Wo kann ich den ganz persönlich anfangen, bei mir im ganz persönlichen Bereich, um zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beizutragen. Ich hätte da einige Ideen:

Wenn die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen langen Artikel mit der Überschrift versieht: "Der Krieg der Banken gegen das Volk", stellt sich für uns dann nicht die Frage: Wann steigen wir mit unseren Geldeinlagen aus, die Ungerechtigkeiten und Kriege bei Großbanken befördern - und bringen unser Erspartes zu Instituten, die dem Leben dienen - wie GLS-Bank, Ethikbank, Triodos oder Umweltbank?

Wäre dies nicht eine logische Konsequenz, wenn wir wirklich zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beitragen wollen? Und wäre dies nicht auch die konsequente Entsprechung des Verzichts auf Atomstrom und unseren Stromanbieter-Wechsel zu Greenpeace, den Schönauer Stadtwerken, Naturstrom oder Lichtblick?

Dass wir, die Zivilgesellschaft, mit unserem Verhalten Frieden und Gerechtigkeit befördern können, zeigen aktuell auch Menschen auf internationaler Ebene im Konflikt zwischen Israel und Iran. Was im März 2012 als zunächst belächelte private Botschaft aus Israel begann mit dem Satz eines Grafikdesigners: "Iraner, wir werden euer Land niemals bombardieren" - bekam eine ungeheure Dynamik. Noch am gleichen Tag folgten mehr als 40.000 Israelis dem Aufruf und schlossen sich an. Aus Iran trafen ähnlich lautende Friedens-Botschaften in Israel in ungeahnter Zahl ein. Inzwischen hat diese Initiative mehr als 56 Millionen Internet-Aufrufe, das israelische Fernsehen und selbst die deutsche Tagesschau berichteten darüber, in Israel gibt es aktuell keine Umfrage-Mehrheit für einen israelischen Krieg gegen Iran, hochrangige Militärs erklärten öffentlich, sich nicht an einem Irankrieg zu beteiligen.

Lawinen fangen klein an - und auch wir können heute bei uns und in unserem Umfeld damit beginnen, eine Lawine für mehr Gerechtigkeit und Frieden in Gang zu setzen!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, in diesem März gedenken wir des Beginns der Irak-Invasion vor zehn Jahren, bei der US-Einrichtungen wie die Airbase in Ramstein eine zentrale Rolle spielten. Ich frage mich: Warum sind eigentlich Georg W. Bush und Tony Blair immer noch auf freiem Fuß und wieso stehen beide nicht vor einem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag?

War es 2003 vor allem das irakische Erdöl, geht es in Mali und Niger - neben der Bekämpfung terroristischer Gruppen heute - vor allem um Uran, Gold, sowie mögliche Pipelineführungen in Konkurrenz zu Russland und China. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich scheint weder aus ihren eigenen Fehlern wie dem Algerienkrieg noch aus den Fehlern der US-Regierung in Irak oder Afghanistan lernen zu wollen. Der nächste asymmetrische Krieg in der Sahelzone hat gerade begonnen. Statt die Ursachen der Gewalt wie Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit vieler Menschen durch zivile Hilfsprogramme anzugehen, ist auch diesmal die Bundesregierung wieder dabei, sich ein militärisches Desaster zu stürzen.

Deswegen stellen wir die Forderungen:

- Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Mali.
- Völliger Verzicht auf Kampfdrohnen, deren Einsatz völkerrechtswidrig ist.
- Keine weitere Militarisierung der Gesellschaft durch Werbemaßnahmen an Schulen und Rüstungsforschung an Hochschulen.
- Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und einzelnen Bundesländern.

- Schließung des Rekrutierungszentrums der Bundeswehr am Hauptbahnhof Saarbrücken und des Karrierebüros in Saarlouis.

Wir fordern weiterhin:

- die Entmilitarisierung der Großregion Saarland/Pfalz und insbesondere die Auflösung der Saarlandbrigade, die durch Skandale wie das Fußballspielen mit Totenköpfen in Afghanistan oder Demütigungen und Schikanen von Rekruten in der Kaserne immer wieder negative Schlagzeilen produziert hat.
- die Schließung der Airbase in Ramstein, die seit Jahrzehnten als logistische Nachschubbasis von Deutschland aus Kriege in fernen Regionen möglich macht.
- Den Verzicht auf die Errichtung eines Raketenabwehrschirms, der bei eigener vermeintlicher Unverwundbarkeit die Schwelle zur eigenen Kriegführung erhöht.

Durch den Verzicht auf diese Aufrüstungsmaßnahmen sowie die konsequente Zusammenstreichung des Verteidigungs- und Rüstungshaushaltes könnten Gelder freiwerden, um eine groß angelegte Konversion dieser Region weg vom Militär hin zu zivilen Arbeitsplätzen einzuleiten.

Der Sozialstaat darf nicht weiter zerstört werden! Es braucht eine Umverteilung von oben nach unten, wenn der immer brüchiger werdende innere Frieden unserer Gesellschaft gerettet werden soll!

Wenn wir auf die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten schauen, brauen sich die Eskalationswolken immer stärker zusammen. Weder in Syrien noch in Saudi-Arabien führen Waffenlieferungen zu einer Lösung der Konflikte und der Gewalt vor Ort. Die Sanktionen gegen Iran haben die Repression im Land noch verstärkt, bewirkt haben sie - außer der Verelendung der Bevölkerung - im Atomstreit seit mehr als zehn Jahren nicht den geringsten Ansatz für eine Konfliktlösung.

In Syrien braucht es nicht mehr, sondern weniger Waffen, soll das Blutvergießen beendet werden. Da offenbar in Syrien ein brutaler Machtkampf um die Vorherrschaft in der gesamten Region ausgetragen wird, der sich lange hinziehen könnte, wäre zunächst eine Verständigung über einen Waffenstillstand der erste Schritt.

Als zweiter Schritt könnte ein Dialog ohne Vorbedingungen zwischen Opposition und Regime beginnen, zu dem das Regime von Assad Bereitschaftssignale gesendet hat.

Flüchtlinge benötigen Unterstützung und Aufnahme. Es ist ein Skandal, dass sich die Bundesregierung erst jetzt dazu entschlossen hat, syrische Flüchtlinge auch bei uns in geringer Zahl aufzunehmen.

Schon lange fordern Friedensforschung und Friedensbewegung eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten, zu der alle in der Krisenregion beteiligten Staaten eingeladen werden.

Themen könnten sein: Menschenrechte, Wasser, erneuerbare Energien, Friedenserziehung - und vor allem die Einrichtung einer Zone, die frei ist von atomaren, biologischen und chemischen Waffen.

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte sein, dass auch die israelische Regierung ihr atomares Potential genauso wie Iran von Inspektoren der internationalen Atomenergiebehörde in Wien kontrollieren lässt - und damit die Kontrolle den Vereinten Nationen unterstellt.

Als weiteren Schritt hat Mohamed ElBaradei, der frühere Direktor der internationalen Atomenergiebehörde in Wien, vorgeschlagen, alle weltweiten Uran-Anreicherungsanlagen unter die Kontrolle der Wiener UN-Behörde zu stellen. Der stärkste Widerstand gegen diesen Vorschlag kam von der US-Regierung.

Vor zwei Jahren moderierte ich zusammen mit dem Journalisten Andreas Zumach in der evangelischen Akademie Bad Boll eine Vorbereitungs-konferenz für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten auf der Ebene von Nichtregierungsorganisationen. 27 Teilnehmende aus neun Staaten waren gekommen: Aus Israel, Palästina, Jordanien, Syrien, Iran, Irak, Türkei, Kuwait - und aus Deutschland Professor Mohssen Massarrat und Christoph Krämer von IPPNW, die die Haupt-Initiatoren des ganzen Unternehmens waren.

Es waren für mich ermutigende vier Tage, an denen wir unter anderem länderübergreifende Querschnittsgruppen gebildet haben zu verschiedenen Themen - und Tage, die zeigten: Kooperation in dieser Krisenregion ist möglich!

Wir brauchen einen langen Atem, um die Vision einer Welt ohne Kriege voranzutreiben.

Eine andere Welt ist möglich!

Ich danke Euch für euer Kommen und euer Engagement!

**„Abrüstungsinstrumente – Rhythm beats bombs“
Musikblockade und Happening am Atomwaffenlager Büchel
11./12. August 2013**

Wir rufen auf, zur Sitzblockade an den Toren des Atomwaffenstandortes in Büchel zu kommen. Warum? Es gibt seit Jahren einen kompletten Stillstand der atomaren Abrüstung. Wir sitzen jedoch weltweit noch auf fast 20.000 Atomwaffen mit genügend Sprengkraft, um unseren Planeten 20-mal zu vernichten. Auch in Deutschland gibt es einen letzten verbliebenen Stationierungsort. In Büchel in der Eifel lagern geschätzte 20 US-Atombomben. In einem parteiübergreifenden Beschluss des Bundestags vom 26. März 2010 wird die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, den Abzug dieser Atombomben aktiv zu verfolgen. Stattdessen wird nun die Betriebsdauer der Bomben sogar verlängert. Zu diesem Zweck sollen sie laut Beschluss der NATO vom Mai 2012 modernisiert werden. Für uns steht Büchel symbolisch und praktisch für das Scheitern der Politik, die den mehrheitlichen Wunsch der Menschen nach einer atomwaffenfreien Welt missachtet.

Generationswechsel

Nicht nur die USA stellen derzeit die Weichen für modernisierte, zielgenauere Atomwaffen. Alle atomwaffenbesitzenden Staaten sind kräftig dabei, neue Generationen von Atomwaffen zu entwickeln. Dieses Szenario passt nicht zu den globalen Herausforderungen, die die Menschen zukünftiger Generationen bewältigen müssen. Die Mittel in Milliardenhöhe werden dringend benötigt, um neben anderen drängenden Herausforderungen den weltweiten Hunger zu beseitigen, die globale Klimaerwärmung einzudämmen oder eine stabile Gesundheits- und Bildungspolitik zu finanzieren.

Wir, die heute Lebenden, tragen Verantwortung für die nächsten Generationen. Ein neues Denken über die Bedeutung von „Sicherheit“ für Menschen ist dringend notwendig. Nukleare Abschreckung bedeutet Machtpolitik statt Völkerrecht; sie hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt und birgt in sich die Gefahr der globalen Zerstörung. Darüber hinaus fördert die Atomwaffenindustrie weiterhin Verseuchung durch Uranabbau und hochradioaktiven Sondermüll mit Halbwertszeiten von zum Teil mehr als 28.000 Jahren.

Deswegen übt die Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ Druck auf die Bundesregierung aus, die sofortige Aufnahme von Verhandlungen für einen internationalen Verbotsvertrag von Atomwaffen zu unterstützen.

Der Verzicht auf nukleare Waffen auf eigenem Territorium untermauert die Ernsthaftigkeit der internationalen Bemühungen für eine atomwaffenfreie Welt. Wenn Deutschland atomwaffenfrei wird, wirkt sich dies positiv auf die internationale Abrüstung aus. Andersherum, wenn Deutschland

sich weiterhin an die Stationierung von Atomwaffen klammert, ist die Aufforderung an andere Staaten, darauf zu verzichten, unglaublich.

Rhythm beats Bombs

Wir rufen zur Blockade am letzten deutschen Atomwaffenstandort in Büchel auf. Diese wird nicht nur eine einfache Sitzblockade sein, sondern wir wollen kurz vor der Bundestagswahl ein soundstarkes Zeichen für die Abrüstung setzen, indem Gruppen und einzelne Menschen Musik machen, singen, sprechen oder schweigen für eine atomwaffenfreie Welt. Wir rufen MusikerInnen auf, bei der Blockade mitzumachen – a capella, unplugged oder mit kleiner Anlage. So setzen wir unsere eigenen „Abrüstungsinstrumente“ ein und machen die Tore vom Atomwaffenstandort Büchel musikalisch dicht.

Aktueller Planungsstand

Der 6. und 9. August sind die Jahrestage der Atomwaffenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki 1945.

Mit diesen Aktionen gedenken wir aller Opfer dieser Angriffe und darüber hinaus der Opfer anderer atomarer Desaster. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Tragödien nie wieder geschehen können.

- 2.-5. August: Fastenaktion in Berlin vor dem Bundeskanzleramt
- 5.-9. August: Fortsetzung der Fastenaktion am Atomwaffenlager Büchel
- 5.-12. August: Camp in der Nähe
- 9.-11. August: Aktionsvorbereitung (Bezugsgruppenfindung, Trainings in gewaltfreier Aktion)

11./12. August: 24-stündige Musikblockade und Happening an den Zufahrtstoren des „Fliegerhorstes Büchel“, u.a. spielt „Lebenslaute“

Wir rufen dazu auf, dass wir alle, die an diesen Aktionen des gewaltfreien Widerstands teilnehmen, dabei keine körperliche Gewalt gegen Personen anwenden oder androhen. Niemand soll beschimpft

oder verhöhnt werden. Wir wollen unser Gegenüber (PolizistInnen, SoldatInnen, GegnerInnen unserer Aktionen) achten, auch wenn wir deutliche Kritik an ihrer gesellschaftlichen Rolle und ihrem konkreten Verhalten äußern müssen. Daher raten wir dringend davon ab, dass AktionsteilnehmerInnen vor oder während der Aktionen Alkohol oder andere Drogen zu sich nehmen. Wir bitten darum, vor den Aktionen an Trainings in gewaltfreiem Widerstand teilzunehmen.

Weiterführende Informationen zur Aktionsübereinkunft und technische Details: www.atomwaffenfrei.de; Anfragen an buechel@atomwaffenfrei.de

Eine Schrift mit rechtlichen Informationen zu Aktionen des Zivilen Ungehorsams kann bestellt werden bei Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar, jur.folgen@gaaa.org

Anmeldung Wallfahrt nach KÖLN (vgl. nächste Seite)

Teilnehmerbeitrag: 100,-- Euro (Nichtverdiener 50,--)

Wer mit Unter-Wegs sein will, bitte anmelden

bis zum 5. August per Mail oder Telefon im Dekanatsbüro, bei Herbert Böttcher, herbert.boettcher@bgv-trier.de, Tel.: 0261/ 26323 oder bei Susanne Schneider, st.peter-gemref@gmx.de, Tel.: 0261/ 82616